

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 310 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 3/2021 · VOM 2. MÄRZ 2021 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Mehr Personal für Personal und Kriegsvorbereitung**
Weitere 10 Stellen in Kreisverwaltung

9 | **AGA – das Amt für Gesprächsaufzeichnung**
Zu den Quellen des »Schweyk«

12 | **Das schönste ist, Revolution zu machen**
85 Jahre Freie Deutsche Jugend

Stadt Eberswalde:

»Verdienter Förderer« des Landkreises

Geheimes Grundstücksgeschäft zwischen Eberswalde und dem Landkreis Barnim

Das einstige Schulgrundstück in der Eisenbahnstraße 100 soll nun dauerhaft als Kita genutzt werden. In nichtöffentlicher Sitzung beschloß der Eberswalder Hauptausschuß den Ankauf des Grundstücks.

Eigentümer war der Landkreis Barnim. Der hatte das Grundstück im September 2010 im Rahmen eines Tauschgeschäfts von der Stadt erworben, zusammen mit den Schulgrundstücken der Nordend- und der Märkischen Schule im Brandenburgischen Viertel (BBP 10/2010). Nordend- und Märkische Schule waren schon lange in der Trägerschaft des Landkreises und konnten auch vor dem formellen Eigentumswechsel als »Gemeinbedarfsflächen« kostenfrei vom Landkreis genutzt werden. Das galt auch für die Liegenschaft in der Eisenbahnstraße 100, solange dort die einst vom jetzigen Bürgermeister Friedhelm Boginski geleitete Goethe-Oberschule residierte, die mit Stadtverordnetenbeschluss vom Dezember 2005 wie alle weiterführenden Schulen von der Stadt an den Landkreis übergeben wurde. Der Landkreis baute damals den Schulkomplex Mitte aus, wohin dann auch die Goethe-Oberschule umzog. Damit fielen Grundstück und Gebäude wieder an die Stadt zurück, die im Mai 2010 die erste Etage für die Hortkinder der Kita »Sonnenschein« als Ausweichquartier nutzte. Für die weiteren Etagen wurden Lagermöglichkeiten für die Stadt und den Landkreis eingerichtet, hieß es damals in der Antwort auf eine Stadtverordnetenanfrage. Die Absicht einer längerfristigen Nachnutzung wurde verneint. Die Verwaltung führe Gespräche, ob Nutzungsbedarf durch den Landkreis bestehe. Dieser Nutzungsbedarf wurde dann im September 2010 wunderbarerweise prompt bestätigt.

In dem Tausch erhielt die Stadt das Grundstück in der Heegermühler Straße 75 mit dem Gebäude des alten Kreishauses. Die getauschten Grundstücke wurden damals als etwa gleich bewertet, so daß das Geschäft als haushaltsneutrales Nullsummenspiel erschien. Die rund 50.000 Euro Transaktions- und Vermessungskosten teilten sich Stadt und Kreis je zur Hälfte. Geld kostete dann allerdings der Abriß des alten Kreishauses, für das nun die Stadt verantwortlich war. Für die Abrißkosten, geschätzte 350.000 bis 500.000 Euro, wurden später Fördermittel beantragt, an die der Landkreis nicht herangekommen wäre.

Das Schulgebäude samt Turnhalle in der Eisenbahnstraße 100 wurde damals mit 379.000 Euro ohne Abzug bewertet, weil dort kein Schulbetrieb mehr stattfand. Aus der zeitweiligen Unterbringung der Hortkinder wurde eine längerwährende. 2013 nutzten die Hortkinder der Kita »Sputnik« das Haus und die Stadt investierte Geld für Instandsetzung und Ausstattung des Horts. Erst 2015, als man in Folge der sogenannten Flüchtlingskrise nach Unterbringungsmöglichkeiten suchte, nutzte dann tatsächlich der Landkreis das Haus – zeitweilig. Bereits 2017 inve-



Foto: GERD MARKMANN

Das Schulgebäude in der Eisenbahnstraße 100 soll nun doch dauerhaft zur Kindertagesstätte ausgebaut werden. Ein geheimes Grundstücksgeschäft mit dem Landkreis ging dem voraus.

stierte wieder die Stadt 375.000 Euro in das Gebäude, um zusätzliche Kita-Kapazitäten zu schaffen.

Die Nutzung als Gemeinbedarfsfläche war in den gut 10 Jahren seit der Veräußerung an den Landkreis immer möglich gewesen. Warum das Grundstück in der Eisenbahnstraße 100 nun dem Landkreis abgekauft wurde, ist nicht öffentlich bekannt. Auch über den Kaufpreis gibt es keine öffentliche Information. Überhaupt erscheint es als sehr rätselhaft, wieso diese Sache – Beteiligte sind der Landkreis und die Stadt, also zwei Kommunen, die dem öffentlichen Haushaltsrecht unterliegen, und es ging um eine Gemeinbedarfsfläche – überhaupt in nichtöffentlicher Sitzung abgewickelt wurde. Das 2010er Tauschgeschäft war noch öffentlich abgehandelt worden.

Heimlichkeiten verführen zu Spekulationen und Gerüchten. Nimmt die Stadt hier vielleicht finanzielle Nachteile in Kauf, die unter dem Teppich bleiben sollen?

In diesem Zusammenhang wäre auch zu hinterfragen, welchen Nutzen die Stadt von dem alten Kreishausgrundstück in der Heegermühler Straße hatte. Damals war das Grundstück mit 30 Euro pro Quadratmeter bewertet worden. Im aktuellen Flächennutzungsplan ist die Fläche als Wald ausgewiesen, mit dem Vermerk »Aufwaldung«. Der Quadratmeter Wald mit 100jährigen Bäumen ist für 1 Euro zu haben. Für eine Fläche, die erst Wald werden soll, dürfte ein Bruchteil davon zu veranschlagen sein. Der damals auf 570.000 Euro bezifferte Wert der 1,9 Hektar großen Fläche schrumpft also, wenn wir den 1 Euro als Grundlage nehmen, auf 19.000 Euro, das sind gut drei Prozent des ursprünglichen Werts. Dem Landkreis wurden damals also von der Stadt rund 550.000 Euro geschenkt und zusätzlich noch eine halbe Million Euro Abrißkosten erspart.

GERD MARKMANN

Aus Ideen werden Taten

Am 8. März ist der Feiertag der Frauen und Kampftag für die Rechte der Frauen.

Am diesjährigen Frauentag erinnern wir an unsere Vorkämpferin für die Rechte der Frauen, ROSA LUXEMBURG, die wenige Tage vor der Gründung des revolutionären Stadtrats von Paris, der Pariser Kommune, am 5. März vor 150 Jahren geboren wurde.

Nach der Zustimmung der SPD zu Kriegskrediten für den 1. Weltkrieg des kaiserlichen Deutschlands gerieten sie und Karl Liebknecht immer stärker in Widerspruch zu ihrer Partei. Sie formierten revolutionäre Kriegsgegner, bildeten die Spartakusgruppe und gründeten schließlich am 31. Dezember 1918 die KPD mit. Einen halben Monat später wurden beide von der Reaktion ermordet.

Es sind auch heute Frauen, die am stärksten im Kreuzfeuer der Maßnahmen der Regierung gegen die Corona-Pandemie stehen. In der Kinderbetreuung (90 % Frauenanteil) oder Pflege (60 %) sind sie es, die am meisten gefordert sind, dabei oftmals unterbezahlt und personell unterbesetzt. Anders als in der großen Krise 2008/09 sind diesmal Branchen mit hohem Frauenanteil, wie beispielsweise Gastgewerbe, Einzelhandel, Friseure, Schulen und Kinderbetreuung besonders betroffen. Hier sind Frauen oft mit Teilzeitverträgen oder in Midi- und Minijobs tätig, bei denen das Kurzarbeitergeld besonders niedrig oder ganz ausfällt. Für Minijoberinnen gibt es keinen Rettungsschirm. Die Fürsorgearbeiten werden wieder verstärkt ins Private verlegt und den Frauen überlassen (mit entsprechender Lohn- einbuße). Es verfestigen sich alte Rollenbilder, Frauen werden zurück in den Haushalt gedrängt. Finanzielle Sorgen, beengte Wohnverhältnisse, ganztägige Kinderbetreuung haben viele Menschen an ihre gesundheitlichen Grenzen gebracht.

Die Regierung setzt indes auf die Rettung von Banken und Konzernen (Auto, Luftfahrt). Die Krisenlasten werden auf die Niedriglöhner bzw. Einkommensschwachen abgewälzt. Eine neue Armutschwelle kommt auf uns zu. Besonders betroffen sind Frauen.

In dieser Krise gilt es gemeinsam zu kämpfen. Aber wir wissen, in Bereichen mit prekärer Beschäftigung ist Solidarität besonders schwer zu organisieren. Hier müssen sich Männer und Frauen begegnen, sich Kernbelegschaften mit Leiharbeitern und geringfügig Beschäftigten solidarisieren.

Nach Rosa Luxemburg zitiert: »Ein mit Kraft und Solidarität durchgeführter Streik ist immer unverloren, weil er das ist, was er bezweckt, eine Machtenfaltung des Proletariats, bei der die Kämpfenden ihre Kraft und ihr Verantwortungsgefühl stählen und - die herrschenden Klassen der Stärke ihres Gegners bewusst werden.«

HELMUT BRAUNSCHWEIG

(mit Auszügen aus dem Aufruf der DKP zum diesjährigen internationalen Frauentag)

Bürgermeister Friedhelm Boginski:

Deindustrialisierung schreitet voran

Eberswalde (prest-ew). Wie am 28. Januar 2021 bekannt wurde, ist die Schließung des Eberswalder Werkes der THYSSENKRUPP ROTHE ERDE GERMANY GMBH zum Jahresende beschlossene Sache. Damit schreitet die Deindustrialisierung der Region weiter voran. Bürgermeister Friedhelm Boginski: »Ich bin enttäuscht, daß der engagierte Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotz zahlreicher Unterstützung und trotz der Bemühungen der Landesregierung offenbar nicht von Erfolg gekrönt wird. Der Betriebsrat hatte gemeinsam mit den Angestellten konstruktive Vorschläge erarbeitet, die weder beachtet noch weiter besprochen wurden.«

Obwohl es anderslautende Absprachen mit der Firmenleitung gab, wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf äußerst unpersönliche Art und Weise per Aushang über das Ende des Eberswalder Werkes zum Jahresende informiert und so ohne Kommunikation mit den Angestellten oder den politischen Akteuren vor Ort Fakten geschaffen. Die Schließung ist auch ein Schlag für Eberswalde und die Region

»Sterbebegleiter«

Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) wird in die Eberswalder Geschichtsbücher als ein Bürgermeister eingehen, der einen massiven Abbau und die finale Vernichtung von flächentariflich vergüteten Arbeitsplätzen im wertschöpfenden Produktionsprozeß vordergründig als »Sterbebegleiter und Trauerredner« innerhalb der step by step zu Ende gehenden Amtszeit (2006-2022) in seiner hauptverwaltungsbeamtlichen Gesamtbilanz indirekt mitzuverantworten hat.

CARSTEN ZINN

als Ganzes, in der seit der politischen Wende viele tausend Arbeitsplätze durch Schließungen von Werken und Standorten weggefallen sind.

Der Bürgermeister ordnet die Schließung der Rothe Erde in einen größeren Zusammenhang ein und warnt vor einem infrastrukturellen Verfall der Region: »Wir Menschen im Nordosten müssen aufpassen und uns dafür einsetzen, die Arbeitsplätze in der Region zu erhalten und neue zu schaffen. Das gilt sowohl für die Politik als auch für die Unternehmerinnen und Unternehmer. Der Wegfall von Betrieben, landesbehördlichen Institutionen und Einrichtungen wie dem Arbeitsgericht sind für uns konkrete Bedrohungen, denen wir immer wieder entschieden und gemeinsam begegnen müssen. Denn derlei Infrastruktur ist eben nicht nur in den Ballungszentren wichtig, sondern auch und gerade im ländlichen Raum. Deshalb auch nochmal ganz deutlich: Wir stehen nach wie vor an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Rothe Erde und werden sie weiterhin mit all unseren Möglichkeiten unterstützen.«

Kultur allein reicht nicht

Vielleicht sollten sich die Stadtoberen einmal mehr um wirtschaftliche Ansiedlungen in und um Eberswalde kümmern. Es ist traurig, was aus dem früheren wirtschaftlichen Zentrum Eberswalde heute geworden ist.

Langsam wird aus der Kreisstadt eine Provinzkommune. Mit Kultur und Zuzug von Berlinern, die in der Hauptstadt arbeiten und dort auch weiter einkaufen, wird es kaum vorangehen. Es wird eine Schlafstadt für die zugezogenen Berliner.

Ein Bürger der Stadt Eberswalde



Leistung lohnt sich!

Bonus für den thyssenkrupp Vorstand – Werkschließung in Eberswalde

Düsseldorf/Eberswalde (bbp). Am 5. Februar tagte die virtuelle Hauptversammlung der THYSSENKRUPP AG, zu der auch die THYSSENKRUPP ROTHE ERDE GMBH gehört, die das einstige DRE/CON Großwälzlagerwerk in Eberswalde betreibt. Das Eberswalder Werk soll zum Ende des Jahres geschlossen werden (BBP 2/2021).

Die 79 Stellen, die in Eberswalde auf dem Spiel stehen, sind nur Teil eines Gesamtkonzepts. Wie die Vorstandsvorsitzende Martina Merz den Aktionären mitteilte, sind 4.000 von 11.000 im Gesamtkonzern geplanten Stellenstreichungen bereits bis Ende Dezember 2020 umgesetzt worden. Zudem werden derzeit durch die staatlichen Lohnsubventionen mit-

tels Kurzarbeit in großem Stil Personalkosten eingespart.¹ Das ändert indes nichts an dem Milliardenverlust, den der Konzern 2020 einfuhr. Die Dividende für die Aktionäre fällt deshalb aus. Für einen satten Bonus für den Vorstand reichte es dennoch. »Der Vorstand hat im abgelaufenen Geschäftsjahr seine individuellen, nichtfinanziellen Ziele zu 100 Prozent erfüllt«, erklärte Aufsichtsratschef Siegfried Russwurm die Entscheidung, trotz tieferer Zahlen die »Leistung« des Top-Managements mit einer Sonderzahlung von 500.000 Euro für die Konzernchefin und 200.000 für die übrigen Vorstandsmitglieder zu honorieren.²

1 – Junge Welt, 06./07.02.2021

2 – www.handelsblatt.com, 05.02.2021

Geht es in Klandorf noch um die Dorfbewohner?

von *Thea Olivia Fuchs*

Die Erneuerung unserer Dorfstraße ist nun offiziell entschieden. In der Einwohnerbefragung von 2017, der eine intensive Debatte voraus ging, hatten sich jedoch nur 10 % der Anlieger für die jetzt beschlossene Variante ausgesprochen. Was hat sich seitdem verändert, daß die neue Straße nun doch gebaut wird?

Das Wegfallen der Anliegerbeiträge ist sicherlich ein wesentlicher Grund, aus dem das Thema wieder auf die Tagesordnung rückt. Über Nacht tauchte es also im Bauausschuß der Gemeinde Schorfheide auf und wurde im darauffolgenden Hauptausschuß dann auch direkt beschlossen. Nach dieser finalen Entscheidung wurden die Klandorfer weiterhin in keinsten Weise über die neusten Ereignisse informiert. Sie erfuhren davon letztendlich aus Presse oder Bekanntenkreis.

Eine rechtzeitige Information vor dem Beschluß hätte den Einwohnern hingegen eine Teilhabe an dem Entscheidungsprozeß und eine faire Debatte ermöglicht. Das wäre in meinen Augen sogar zwingend notwendig gewesen bei einer Investitionssumme von rund 1,2 Millionen Euro. Eine Dorfbewohnerin stellte in einem Brief die berechtigte Frage an ein Mitglied des Ortsbeirates »... warum haben dann nicht Sie und Ihr Sohn, als 'Ortsbürgermeister' und Bauausschußvorsitzender über die neue Straßenplanung berichtet?« (Zitat: Dr. Karen Oppermann).

Ein Gegenwind aus der Bevölkerung läßt sich trotz fehlender Debatte auch diesmal



FOTO: KURT OPPERMANN

nicht leugnen: In Klandorf entstanden in den letzten Tagen öffentliche Briefwechsel zur neuen Straßenplanung, in denen die Autorinnen von einem großen politischen Engagement der Ausbaugegner berichteten. Und sogar auf der Gemeindevertreterversammlung gab es diesmal etliche Redebeiträge aus Klandorf. Sie verurteilten den Entscheidungsprozeß scharf und sprachen sich gegen die neue Straße und für eine Instandsetzung der Alten aus.

Gemeindevertreter benachbarter Ortsteile beklagten im Anschluß an die Worte der Klandorfer, daß ihnen bei der Abstimmung wesentliche Informationen vorenthalten, beziehungsweise auf Nachfrage sogar falsch dargelegt wor-

den wären. Daß der Klandorfer Ortsbeirat im Vorfeld nicht vollständig angehört wurde, wäre den Stimmberechtigten vor der Abstimmung beispielsweise nicht eindeutig übermittelt worden.

Der Bürgermeister WILHELM WESTERKAMP rechtfertigte den endgültigen Beschluß als Antwort auf die spürbare Empörung der Dorfbewohner mit Briefen von 21 Dorfbewohnern, welche sich für das Projekt ausgesprochen hätten. Alleine an der betroffenen Straße liegen aber knapp 70 bewohnte Grundstücke.

Sich auf eine solche Minderheit zu stützen, zeugt für mich von großer Rücksichts- und Verantwortungslosigkeit in der Position eines führenden Politikers. Als zwanzigjährige Bürgerin bin ich entsetzt davon, daß einem Menschen wie Wilhelm Westerkamp das Bürgermeisteramt anvertraut wird. Denn ein ganzes Dorf gegen seinen erklärten Willen mit vollendeten Tatsachen zu überrumpeln, ist in meinen Augen demokratisch nicht zu rechtfertigen.

Die Frage, die bleibt: Warum wurde die Erneuerung der Klandorfer Dorfstraße in dieser Art an der Bevölkerung vorbei durchgedrückt?

Initiative in der StVV Bernau:

Senkung der Gewerbesteuer vorgeschlagen

Viele Unternehmen sind durch die Einschränkungen der Eindämmungsverordnung aufgrund der Corona-Pandemie in ihrer Wirtschaftlichkeit schwer getroffen. Selbst wenn von staatlicher Seite finanzielle Hilfen kamen und noch kommen werden, so ist damit keine vollständige Kompensation der Ausfälle gesichert. Das war nicht das Ansinnen der Corona-Hilfen, auch wenn es sich viele Unternehmen gewünscht haben.

Auch die Stadt Bernau kann helfen, die langfristigen Folgen der wirtschaftlichen Einbrüche zu mildern. Ein Beitrag dazu soll die Senkung der Gewerbesteuer sein. Sie ist ein Baustein von vielen, um den Unternehmen in dieser schwierigen Situation beizustehen und Arbeitsplätze in Bernau zu sichern. Alle Bestandteile unserer Gesellschaft sollten einen Beitrag leisten, die Stadt Bernau ist davon nicht ausgenommen.

Desweiteren wird durch eine entsprechende Senkung die Hussitenstadt als Standort für Gewerbetreibende interessanter, was langfristig zu mehr Ansiedlung führen wird, wie es auch schon andere Gemeinden mit der Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer vorgelebt haben. Die gute Lage der Stadt und ihre verkehrliche Anbindung sind ein besonderer Standort-

vorteil. Mit der richtigen Vermarktung dieses geplanten Schrittes lassen sich Einnahmeausfälle in der Stadtkasse vermeiden und durch zusätzliche Ansiedlungen von Unternehmen sogar ins Positive umkehren. Langfristig haben sich die Einnahmen aus Gewerbesteuern bei den Kommunen vermehrt, welche die Gewerbesteuer schon seit Jahren gesenkt haben. Dieser Weg steht Bernau noch bevor, wenn sich hierfür entsprechende politische Mehrheiten ergeben.

Aufgrund der Reaktionen im politischen Raum und mangels Vorschlägen aus der Verwaltung haben wir Verbesserungen am vorhandenen Beschlußvorschlag vorgenommen. So ist beabsichtigt, den Hebesatz lediglich auf 315 % zu senken, was dem Brandenburger Landesdurchschnitt entspricht.

Allerdings ist die Annahme, daß eine Gewerbesteuerhebesatzsenkung angeblich deshalb keine Werbewirkung entfalten könne, weil die Gewerbegebiete ja gut ausgelastet seien, falsch. Selbstverständlich findet Gewerbe auch außerhalb von Gewerbegebieten statt, ja sogar die meisten Gewerbe befinden sich nicht in Gewerbegebieten. So geht es auch darum, mehr Geschäfte in die Innenstadt zu holen und nicht-störende Gewerbe (z.B. IT-Dienst-

leistungen) in Siedlungsgebieten zu befördern.

Im Übrigen ist ein seit 1992 nicht veränderter Hebesatz nicht unbedingt ein Zeichen von Stabilität und Verlässlichkeit, sonst hätte sich schon viel frühzeitiger die Auslastung der Gewerbegebiete verbessert. Eher zeigt es doch die Inflexibilität zur Anpassung der Rahmenbedingungen an sich verändernde wirtschaftliche Gegebenheiten. In diesem Zeitraum haben mehr als die Hälfte der Brandenburger Kommunen (teils mehrfach) die Hebesätze angepaßt.

Die Annahme, daß eine Gewerbesteuerhebesatzsenkung ausschließlich zu Mindereinnahmen führen würde, verkennt grundlegende volkswirtschaftliche Wirkmechanismen. Selbstverständlich besteht das Ziel darin, durch einen attraktiveren Gewerbesteuerhebesatz mehr Ansiedlungen zu befördern, die mittelfristig in Summe zu Mehreinnahmen führen. Hierbei ist eine generalisierende, statistisch umfassende Betrachtung vorzunehmen. Einzelfälle sind kein Beleg des Gegenteils für ausführlich dokumentierte, landes- und bundesweit eingetretene positive Prozesse bei solchen Schritten.

THOMAS STRESE und JÖRG ARNOLD,
BVB/Freie Wähler Bernau

Spaßpartei an der Macht

In Eberswalde gab es am 23. Februar eine Weltpremiere. Also was Eberswalde und die Stadtverordneten angeht. Erstmals wurde die Stadtverordnetenversammlung per Livestream im Internet übertragen. Die Stadtverordneten hatten das im November vergangenen Jahres so beschlossen.

Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) ließ sich die Gelegenheit natürlich nicht entgehen. Er trat extra ans Rednerpult und hielt im Tagesordnungspunkt »Information aus der Stadtverwaltung« eine ausführliche und selbstverständlich sehr konstruktive Rede.

Die Stadtverwaltung, so erklärte es der Bürgermeister, hatte den pauschalen Stadtverordnetenbeschluß nach Wissen und Gewissen – und vor allem unter Beachtung von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten – detailliert umgesetzt. Bloß, daß sich das beabsichtigte Widerspruchsrecht in eine ausdrückliche und schriftliche Zustimmungspflicht umkehrte, wovon sich selbst der StVV-Vorsitzende MARTIN HOECK (FDP) überrascht zeigte.

Der Livestream erfaßte somit nur den Bereich des Präsidiums – dort saßen neben dem StVV-Vorsitzenden noch der Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI (FDP) und diesmal die stellvertretende StVV-Vorsitzende JOHANNA FUNK (Bündnis 90/Die Grünen) – und das Rednerpult. Nur die in diesem Bereich gehaltenen Beiträge sowie die Reden der Dezernenten wurden tatsächlich live übertragen.

Die Fragen und Diskussionsbeiträge der Stadtverordneten, die dafür gewohnheitsmäßig die Mikrofone an den Tischen oder im Saal nutzen, wie auch die Einwohnerfragen im entsprechenden Tagesordnungspunkt, wurden hingegen nicht übertragen. Der erste Livestream am 23. Februar war so schätzungsweise zu zwei Dritteln der Sendezeit stumm.

Falls die Stadtverordneten über die Umsetzung ihres Beschlusses durch die Verwaltung nicht zufrieden sein sollten, bemerkte der Bürgermeister, hätten sie doch bitteschön konkretere Regeln beschließen sollen. Die Verwaltung tut, was sie kann und natürlich immer ihr allerbestes.

Also schaltete die Regie fast alle Redner stumm, weil keiner der Stadtverordneten oder gar der Einwohner, die in der Einwohnerfragestunde Fragen stellten, vorab eine schriftliche Einverständniserklärung für die Übertragung seiner Worte ins Internet hinterlegt hatte.

Was von den Stadtverordneten als Verbesserung der Bürgerbeteiligung gedacht war, wurde in der Umsetzung durch die Verwaltung zur Farce. Von der gut kalkulierten Bürgermeisterrede abgesehen, bestand der Stream meist bloß aus stummen Bildern, mit einem Informationswert, der gegen Null ging.

In Eberswalde hat offensichtlich eine Spaßpartei die Macht. Wer sonst sollte so eine echte Karnevalsnummer – noch dazu unter Einhaltung aller Formalien – zustande bringen?

HERIBERT HIMMELBLAU

Kreisverwaltung Barnim:

Weiterer Stellenzuwachs

Wachsende Mitarbeiterzahl und Kriegsvorbereitung erfordern mehr Personal

Eberswalde (bbp). Die Kreisverwaltung Barnim soll 10 neue Stellen erhalten. Das hat der Landrat zur Kreistagssitzung am 10. März beantragt. Stimmt der Kreistag diesem Ansinnen zu, wird der Stellenplan der Kreisverwaltung insgesamt 876,853 Vollzeitstellen umfassen. Im Haushalt sind für die zusätzlichen Stellen im laufenden Jahr 344.200 Euro vorgesehen.

Ein zusätzlicher IT-Techniker wird zur weiteren Umsetzung des von der Bundesregierung beschlossenen »DigitalPakt Schule 2019 – 2024« benötigt. Zwei zusätzliche Stellen braucht die Personalverwaltung wegen der wachsenden Stellenzahl in der Kreisverwaltung. Weil sich die Gesamtzahl der ausländischen Personen im Landkreis seit Ende 2015 von 5093 auf 9026 erhöht hat und wegen des Brexit soll auch die Ausländerbehörde eine zusätzliche Stelle bekommen. Beim Zivil- und Katastrophenschutz wird eine Ende 2020 weggefallene Stelle wieder aktiviert, um u.a. Daten für die Erarbeitung

und Fortschreibung des zivilen Alarmplanes im Verteidigungsfall zu erfassen. Hier komme »auf die Landkreise enormer Planungsbedarf, resultierend aus der aktuellen politisch unstenen Weltlage hinzu«. Eine weitere Stelle soll in der Stabsstelle Finanzverwaltung/Controlling des Dezernats für Jugend, Gesundheit und Soziales den Bereich der Kitafinanzierung installiert werden. Den Kitabereich soll zudem ein Systemadministrator für den angeschafften Kitaplaner verstärken. Schließlich benötigt die Untere Bauaufsichtsbehörde wegen der kontinuierlich wachsenden Zahl der zu bearbeitenden Bauanträge eine zusätzliche Stelle.

Die Mehrkosten im Jahr 2021 sollen durch zu erwartende Minderausgaben beim Personal durch Ende der Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen, Inanspruchnahme von Teilzeit und der geringeren Bezahlung von neu eingestellten Beschäftigten ohne überplanmäßige Mittel gedeckt werden.

Am Rosenmontag Schneller zum Bahnhof



Foto: FLORIAN BEYER

Sichtlich traurig und verschämt haben die Eberswalder Faschings- und Karnevalvereine am Rosenmontag – das war in diesem Jahr am 15. Februar – den Rathausschlüssel an den städtischen Verwaltungsdezernenten Maik Behrendt zurückgegeben. Behrendt vertrat den, wie es auf der städtischen Internetseite heißt, „Verhinderten“ Bürgermeister Friedhelm Boginski sowie, das stand nicht auf der Seite, die offensichtlich ebenfalls verhinderte Stellvertretende Bürgermeisterin Anne Fellner. Die Karnevalisten hatten den Schlüssel unter einem der unbenutzten Faschingskostümen versteckt.

Traurig waren die Narren, weil in der diesjährigen 5. Jahreszeit keine Faschingsveranstaltungen stattfinden konnten. Verschämt waren sie, weil sie einsehen mußten, daß sie die Narreteien der Stadtverwaltung nicht mehr toppen können. Ein stummgeschalteter Livestream vom diesjährigen Nicht-Faschingsgesehen hätte ein Highlight sein können...

In Zukunft werden Schönower Bürger deutlich komfortabler, schneller und sicherer zu Fuß oder per Fahrrad zum Zepernicker S-Bahnhof gelangen. Der bereits existierende, unbefestigte Weg, der vom Kavelgrenzweg in Schönow am Naturschutzgebiet »Faule Wiesen« bis zur Ecke Priesterweg/Dompromenade in Zepernick entlangführt, soll zwischen der Stadt Bernau und der Gemeinde Panketal im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit hergerichtet werden.

Bisher besteht lediglich ein »Trampelpfad«, der besonders bei Regenwetter schwierig begehbar ist. Dieser Weg stellt eine Abkürzung von 2 km im Vergleich zur Hauptstraße dar und wird sogar von öffentlicher Seite als Schulweg empfohlen. Dementsprechend häufig wird der Weg auch von Schulklassen genutzt.

Weiterhin wird durch die Herrichtung des Weges sichergestellt, daß der genutzte Pfad nicht weiter in das Naturschutzgebiet hineingetreten wird, was derzeit durch wechselnde Beschaffenheiten durch Witterungseinflüsse bereits der Fall ist. Durch eine Ertüchtigung des Weges könnte dies wieder korrigiert werden. Darüber hinaus wird das Querfeldeinlaufen durch das Naturschutzgebiet minimiert, was zu einem besseren Schutz von Flora und Fauna führt. Letztlich wird das Naturschutzgebiet für die Bürger aufgrund besser begehbarer Wege an Attraktivität gewinnen.

Zuvor hatte sich bereits die Bernauer Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Bernauer Fraktion BVB/Freie Wähler für eine gemeinsame Lösung mit der Gemeinde Panketal ausgesprochen.

CLEMENS HERRMANN,
BVB/Freie Wähler Panketal

BVB/Freie Wähler zum Arbeitsgericht Eberswalde:

Mit Zahlen gegen die Schließung

Nicht nur, daß der Erhalt des Arbeitsgerichts für die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit zeitnah ergehender Rechtsprechung in Arbeitsfragen besonders wichtig ist. Auch die vom Justizministerium veröffentlichten Zahlen stützten die geplante Schließung nicht.

Ein zentrales Argument der Landesregierung ist der Rückgang der Fallzahlen. Hierzu wird darauf verwiesen, daß zwischen 2003 und 2019 ein Rückgang von 58,6% der jährlichen Eingänge zu verzeichnen sei. Mittlerweile bestünde nur noch Bedarf für zwei Richterstellen.

Dies mag soweit stimmen. Jedoch ist die Schlußfolgerung, daß die Fallzahlen genauso weitersinken und man deswegen bald gar keinen Standort mehr brauche, mathematisch falsch. Denn zur Beurteilung der zukünftigen Entwicklung ist ein statistisch sinnvoller Bezugspunkt zu wählen. Richtig wäre es, zu prüfen, um wie viele Fälle die Eingänge in den letzten Jahren zurückgingen. Sodann erkennt man, daß sich der Abstieg deutlich verlangsamt hat. So sinkt die Zahl der jährlichen Neueingänge mittlerweile nur noch marginal.

2016: 876 Fälle

2017: 926 Fälle

2018: 878 Fälle

2019: 887 Fälle

Die fallende Kurve flacht sich also ab. Selbst wenn man unterstellt, daß der Trend der letzten drei Jahre weitergeht, dauert es 25 Jahre, bis die Eingänge auf einem Niveau angekommen sind, daß es nur noch einen Richter bräuhete, was in der Tat problematisch wäre. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Planung viel zu spekulativ wäre und somit keine belast-

bare Grundlage für eine so weitreichende Maßnahme sein kann.

Hinzu kommt, daß auch die sogenannte Erledigungsquote keinen Anlaß bietet, von einer notwendigen Schließung auszugehen. Laut den amtlichen Zahlen liegt diese aktuell bei 103. Das bedeutet, daß auf 100 neue Fälle im Jahr 103 erledigte Fälle kommen. Das ist unstrittig eine gute Quote (insbesondere im Vergleich zu anderen Gerichtszweigen), jedoch bei weitem nicht so hoch, daß eine mangelnde unterjährige Fallauslastung anzunehmen wäre.

Zugleich sind bei all den Kalkulationen die Auswirkungen der Corona-Krise noch gar nicht eingepreist. Aufgrund der massiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen ist davon auszugehen, daß es verstärkt zu arbeitsgerichtlichen Verfahren kommt. Zudem ist in den Berechnungen der Bevölkerungsanstieg zumindest des Niederbarnim nicht berücksichtigt.

In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen, die vermeintliche Notwendigkeit der Pläne mit konkreten Fakten zu widerlegen. Zudem ist die Bedeutung des Arbeitsgerichtsstandortes für die Region insgesamt herauszustellen. Hierauf werden wir mit zielgerichteten Anträgen hinarbeiten.

*PÉTER VIDA, Fraktionsvorsitzender
BVB/Freie Wähler Landtagsfraktion*

Spenden für gleiche Bildungschancen

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen den Aufruf des IMPULS e.V. zur Spende von Laptops, PCs, Tablets und Druckern.

Nicht allen Schülerinnen und Schülern ist es in Zeiten von Homeschooling* möglich, mit einem eigenen Laptop oder Tablet zu arbeiten. Oft müssen die Geräte mit Eltern oder Geschwistern geteilt werden und nicht jedes Elternhaus kann sich überhaupt Geräte leisten. Manchmal gibt es nicht mal einen Laptop oder PC in einem Haushalt. Sehr oft fehlt es aber auch an Druckern, um Aufgabenblätter auszudrucken.

Der Verein Impuls e.V. startete jetzt eine öffentliche Sammelaktion für solche Geräte. Die Barnimer Bündnisgrünen begrüßen dies und unterstützen den Verein dabei.

Anzeige

Wieder lieferbar:

Ralf Nachtmann

*Liebe Leser – Kolumnen
aus eineinhalb Jahrzehnten«*

12 Euro, kostenloser Versand
Ralf Nachtmann, **49-179-6987186

Das ist eine tolle Idee. Sehr viele Leute haben zu Hause Laptops, Tablets oder Drucker, die sie nicht mehr benutzen. Oft werden noch gebrauchsfähige Geräte aufgrund der schnellen Entwicklung dieser Technik ausgetauscht, obwohl sie noch voll funktionsfähig sind. Wir rufen alle Barnimerinnen und Barnimer auf, solche Laptops, PCs und auch Drucker für Schülerinnen und Schüler, die sie benötigen, zu spenden. Die Geräte sollten auf jeden Fall noch funktionieren. Der Verein Impuls wird sich um ein technisches Update kümmern.

Danach erfolgt eine kostenlose Verteilung an die Kinder. Zu spendende Laptops, Tablets, PCs und Drucker können gern in der Geschäftsstelle des Kreisverbandes von Bündnis 90/Die Grünen in der Friedrich-Ebert-Straße 2 in Eberswalde oder im Rofinpark, Coppistr. 3 in Eberswalde, abgegeben werden.

Wir freuen uns auf zahlreiche Spenden und danken schon im Voraus allen Beteiligten!

MICHAEL EGIDIUS LUTHARDT

* Homeschooling (engl.) = Unterricht zu Hause

Ungleiche Chancen

Anfang des Jahres veröffentlichte die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG ein Positionspapier mit dem Titel »Zur aktuellen Situation – Lernen unter Corona«, in dem sie fünf Schritte nennt, die nach ihrem Ermessen sofort angegangen werden sollten, um die Chancengleichheit im Bildungssystem, die durch die Coronasituation weiter verschärft wird, abzumildern und den Gesundheitsschutz für Lehrer und Schüler zu gewährleisten.

Der Lockdown mit Schulschließungen ist besonders herausfordernd für Schüler, Eltern und Lehrkräfte. In ihrem Papier fordert die grüne Jugend daher weitreichende Nachbesserungen, um eine gerechtere Handhabung des Unterrichts unter diesen Bedingungen zu gewährleisten. Konkret listete sie zu ergreifende Maßnahmen auf wie die Beschaffung und Installation von Luftfilteranlagen, die bisher nur unzureichend gelungen ist. Desweiteren solle in Betracht gezogen werden, die Klassen nicht nur in kleinere Lerngruppen zu teilen, sondern auch die Nutzungsmöglichkeiten von alternativen Lernorten zu überprüfen sowie temporär externes Personal hinzuzuziehen. Auch sollten kostenlose Tests angeboten werden.

Besonderen Bedarf nimmt die Grüne Jugend im Bereich einer langfristigen Planung wahr. Es müsse für den Beteiligten klar ersichtlich sein, ab welchem Inzidenzwert welche Maßnahme greift und nicht von Woche zur Woche entschieden werden.

Der Lockdown verschärft nicht nur die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft, sondern auch im besonderen Maße in der Schule, die nun nicht mehr ausgleichend wirken kann. Daher solle ein kostenloses Online-Nachhilfeangebot aufgebaut werden, sowie überhaupt die Online-Angebote ausgebaut werden. Dabei rächt sich allerdings auch der nur sehr schleppend vorankommende Breitbandausbau.

Insgesamt zeigt das Positionspapier der Grünen Jugend, daß es genügend Handlungsoptionen und Ideen gegeben hat und nach wie vor gibt, um die Lernsituation der Schülerinnen und Schüler in dieser sehr besonderen Situation zu verbessern.

Die Grüne Jugend kritisiert zurecht, daß viele Handlungsschritte für eine gerechtere Handhabung des Distanzunterrichtes schlicht verschlafen wurden. Wir Grüne im Barnim unterstützen daher die Analyse und die Forderungen der grünen Jugend. Wir alle wissen nicht, wie lange sich die Pandemie und die daraus resultierenden Einschränkungen noch hinziehen werden. Alle Betroffenen brauchen dringend eine langfristige Planung und gute Konzepte für die kommenden Monate.

Der Landkreis Barnim sollte daher prüfen, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen auf Kreisebene umgesetzt werden können, um zu einer Verbesserung der Situation der Schüler und Schülerinnen im Barnim beizutragen.

SARAH POLZER-STOREK 5

Schufa-Spanner stoppen

Wir haben blank gezogen – natürlich nur symbolisch: Fünf Campact-Aktive besuchten vergangene Woche die Schufa in Wiesbaden. Über ihrer warmen Winterkleidung trugen sie große Plakate auf Brust und Rücken, bedruckt mit nackten Körpern. Darauf waren Botschaften wie »Schufa – mach dich selber nackig!« und »Schufa-Spanner stoppen« zu lesen. Stellvertretend für 380.000 Appell-Unterzeichner haben wir so gegen die Schnüffelei der Schufa protestiert.



Foto: Campact

Der private Konzern will die Kontoauszüge von Millionen Menschen durchleuchten, um noch mehr über sie zu erfahren – und mit diesen Daten Geld machen.

Das Marktforschungsinstitut Civey fand für uns heraus: 68,2 Prozent der Befragten sind nicht bereit, die Schufa für eine bessere Kreditwürdigkeit an ihre Kontoauszüge zu lassen. Bei unserer Aktion vor der Schufa-Zentrale ließ sich dann sogar der Pressesprecher des Unternehmens kurz blicken. Die Unterschriften wollte er aber nicht annehmen. Zu unserem Appell behauptete er: »Das Projekt, das Sie beschrieben haben, hat es nie gegeben und wird es so nie geben.« Wir fragten später noch einmal per eMail nach – er reagierte ausweichend und hat uns nicht bestätigt, daß die Schufa von einer Kontoinsicht absehen wird. Auch auf der Internetseite der Schufa¹ liest sich ganz anders – keine Rede davon, die Pläne zu beerdigen.

Die Schufa scheint verunsichert. Sie versucht, uns mit vagen Erklärungen abzuschütteln – doch so leicht geben wir nicht klein bei. Der Konzern soll öffentlich erklären, daß er von der Kontoinsicht abrückt.

Unser Einsatz hat gezeigt: Die Schufa kann ihre Schnüffelei-Pläne nun nicht mehr still und heimlich durchbringen. Wir schauen ganz genau hin – und bleiben weiter dran.

ANNEMARIE GROßER, Campaignerin

PS: Bei unserer Ankunft an der Wiesbadener Zentrale erwarteten uns grimmige Sicherheitsleute: »Wir gegen die Schufa – es fühlte sich an wie David gegen Goliath«, berichtet Campact-Pressesprecherin Svenja Koch. Doch wir lassen uns nicht einschüchtern und behalten die Schufa weiter im Blick.

Die Radfahrer

von Reiner Schreiber-Schieferdecker

Anlaß, daß diese Zeilen aufgeschrieben wurden, war die Schneekatastrophe vom 8. Februar. Viele Autofahrer mußten eine Nacht bei tiefen Temperaturen auf der Autobahn verbringen. Winterdienste waren im Dauereinsatz, um zumindest Straßen und Autobahnen frei zu räumen, damit Rettungskräfte, Pflegedienste und Berufspendler ihre Aufgaben erfüllen konnten.

Zwei Tage später, am 10. Februar, um 17.45 Uhr, beschwerte sich ein Vertreter des ADFC im Rundfunksender »Antenne Brandenburg« darüber, daß der Straßenwinterdienst nicht vorrangig Radwege geräumt hatte. In diesem Rundfunkbeitrag unterstützte die Landtagsabgeordnete Marie Schäffer (Bündnis 90/Die Grünen) noch diese Beschwerde.

»Vorrangig« bedeutet, daß erst einmal die Radwege von Schnee und Eis zu räumen sind, bevor die Straßen und Autobahnen dran sind. Liegegebliebene PKW, der ÖPNV und Rettungskräfte haben dann keinen Vorrang vor Radfahrern. Obwohl doch eigentlich bei solchen Witterungsbedingungen, wie sie am 8. Februar herrschten, eigentlich jeglicher Verkehr mit Zweiradfahrzeugen unterbleiben sollte.

Davon abgesehen verbreitet die Partei Bündnis 90/Die Grünen den Glauben, beim Fahrradverkehr handele es sich um eine umweltfreundliche Art des Verkehrs. Da sollten Zweifel angebracht sein.

Jedes Fahrzeug verbraucht für die Ortsveränderung Energie. Beim herkömmlichen Kraftfahrzeug wird Benzin oder Diesel verbrannt. Beim Radfahrer sind es zusätzliche, hochwertig durch Geschmacks-, Farb- und Konservierungsstoffe veredelte Nahrungsmittel. Dieser zusätzliche Nahrungsmittelbedarf wird durch die heimische Landwirtschaft oder durch Importe gedeckt. Das geschieht in einer Zeit, in der viele Menschen in der Welt hungern, weil es dort an Nahrungsmitteln mangelt. Radfahrer leisten sich durch ihren Mehrverbrauch an Nahrungsmitteln im Straßenverkehr den Luxus einer Nahrungsmittelverschwendung.

Zu dieser zusätzlichen Produktion von Nahrungsmitteln ist auch die Massentierhaltung notwendig – und diese ist nicht umweltfreundlich. Die verdauten Nahrungsmittel führen nicht wie beim Verbrennen fossiler Brennstoffe nur zum Ausstoß von CO₂, sondern sie setzen hauptsächlich Methan frei, was ein viel stärkeres Treibhausgas als CO₂ ist. Schon eine Kuh, die irgendwann auch einmal aufgegessen wird, stößt in ihrem Leben so viel Methan aus, daß

angebliche Umweltschützer gegen Rinderhaltung Position beziehen.

Weiterhin sollte man überdenken, wie viele Bäume für die Anlage von Radwegen gefällt werden mußten. Diese gefällten Bäume werden in keiner Umweltstatistik aufgeführt. Hinzu kommen die Versiegelung von Böden und gegebenenfalls die Durchtrennung von zusammenhängenden Waldgebieten als zusätzliche ökologische Schäden.

Fahrradverkehr fordert bei gleicher Transportmenge mehr Verkehrsraum als Kraftfahrzeuge. Das haben inzwischen auch die Chinesen bemerkt und entsprechend gehandelt.

Auch bezüglich der Luftreinhaltung kann man nicht uneingeschränkt vom sauberen Fahrradverkehr sprechen. Das Fahrradfahren an sich kann man sicherlich als emissionsarm gelten lassen. Schaut man sich aber beispielsweise am Nachmittag den Straßenverkehr in der Heegenmühler Straße in Eberswalde an, so bemerkt man den Kfz-Stau, den indirekt ein sehr wenig genutzter Radstreifen verursacht.

Für den Staatshaushalt stellt der Fahrradverkehr im übrigen ein Nichts dar. Steuereinnahmen durch Fahrradverkehr entstehen nur durch die Versicherungssteuer und die Mehrwertsteuer auf die zusätzlich verbrauchten Lebensmittel, letztere nur zum ermäßigten Steuersatz. Sollte ein Teil des motorisierten Verkehrs zum Fahrradverkehr wechseln, so entsteht dem Staat mit Sicherheit ein finanzieller Schaden, der zur Einschränkung bei der Finanzierung des ÖPNV führen könnte.

Niemand von denen, die vom umweltfreundlichen Fahrradverkehr sprechen, hat das nachgerechnet. Diese propagierte Umweltfreundlichkeit für den Fahrradverkehr ist ein Glaubensbekenntnis, insofern Religion. In der BRD ist Religionsfreiheit durch den Staat garantiert. Jeder darf daran glauben. Schlimm wird das aber, wenn Elemente in der Gesellschaft ihren Glauben anderen aufzwingen wollen, so wie es besagte Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen mit ihrer Forderung zum Fahrradverkehr machen.

Mindest-Kurzarbeitergeld gefordert

Die Gewerkschaft NGG macht auf die dramatischen Folgen der Schließungen für die Beschäftigten des Hotel- und Gaststättengewerbes im Kreis Barnim aufmerksam und fordert ein Mindest-Kurzarbeitergeld von monatlich 1.200 Euro. Die Beschäftigten wissen nicht mehr, wie sie noch ihre Miete bezahlen sollen. Letzte Reserven sind längst aufgebraucht.

Nach Einschätzung der Gewerkschaft haben die aktuellen Schließungen ähnlich gravierende Auswirkungen wie der Lockdown im Frühjahr vergangenen Jahres. Damals meldeten 175 gastgewerbliche Betriebe im Kreis Barnim Kurzarbeit an – das sind 61 Prozent aller Betriebe der Branche im Landkreis.

SEBASTIAN RIESNER

»Sache der Beigeladenen«

Zum Stand der Klage gegen die 380kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen

Die Berichte über den Holzeinschlag auf der 220kV-Trasse südlich von Eberswalde bis Schönholz und die Ankündigung von 50 Hertz mit Baumaßnahmen für die umstrittene 380kV-Freileitung im Bau Feld 4 zu beginnen, hat zu mißverständlichen Aussagen über den Charakter und Stand der Klage gegen das Vorhaben geführt, die uns zu folgender Klarstellung veranlassen.

1. Gegenstand der Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG): Die Klage des NABU-Brandenburg richtet sich gegen den Planfeststellungsbeschuß in Gestalt des Planergänzungsbeschlusses vom 12.8.2020. Die Klage richtet sich gegen das gesamte Vorhaben und nicht nur gegen ein Teilstück.

2. Zusätzliches einstweiliges Rechtsschutzverfahren (Eilantrag): Da die Klage keine aufchiebende Wirkung hat, wurde zusätzlich ein einstweiliges Rechtsschutzverfahren beantragt, um möglichst zu erreichen, daß während des Zeitraums des Klageverfahrens nicht durch 50 Hertz vollendete Tatsachen geschaffen werden, die einen Erfolg der Klage zunichte machen würden.

Das einstweilige Rechtsschutzverfahren zielt auf einen Baustopp für das gesamte Vorhaben, gegen das sich die Klage richtet.

Das Gericht hat eine Entscheidung des Rechtsschutzverfahrens für das 1. Halbjahr 2021 in Aussicht gestellt. Bisher gibt es keine Entscheidung über den Eilantrag.

3. Zwischenverfügung innerhalb des Eilverfahrens: Auch die Entscheidung im Eilverfahren ist hochkomplex und benötigt Zeit (inzwischen rund ein halbes Jahr). Innerhalb dieser Zeit darf 50Hz per Gesetz auf eigenes Risiko bauen, weshalb wir das Gericht darum gebeten haben, mittels einer sogenannten Zwischenverfügung dafür Sorge zu tragen, daß auch innerhalb der Zeit, die es dauert über den Eilantrag zu entscheiden, keine endgültigen Tatsachen geschaffen werden. 50 Hertz hat daraufhin gegenüber dem Gericht zugesichert, in den sogenannten Baulosen 1-3, das ist der nördliche Teil von Bertikow bis Golzow, keine Baumaßnahmen durchzuführen, solange noch nicht

über den Eilantrag entschieden ist. Damit ist für die Teilabschnitte, welche die europäischen Schutzgebiete queren oder tangieren und für welche wir nach dem Ausgang der ersten Klagerunde vor fünf Jahren noch intensiv juristisch vortragen konnten, sichergestellt, daß keine Tatsachen geschaffen werden.

In den Bauabschnitten 4-5 (Golzow bis Neuenhagen) ist eine vergleichbare Betroffenheit von europäischen Schutzgebieten nicht gegeben. Deshalb können wir nach dem Ausgang des Klageverfahrens vor 5 Jahren für diese Abschnitte nicht vergleichbar vortragen und deshalb hat das Gericht für diese Abschnitte keine Zwischenverfügung erlassen wollen. Es hat dabei klargestellt, daß 50 Hertz auf diesen Abschnitten komplett auf eigenes Risiko arbeitet und ein Erfolg von uns im Eilverfahren auch dort wieder zu einem Baustopp führen könnte.

In der Begründung des Gerichts vom 12.11.2020 zur Zwischenverfügung heißt es:

»Es mag sein, daß ein Erfolg des Antragstellers im Eil- und späteren Klageverfahren dazu führt, daß der Planfeststellungsbeschuß insgesamt beanstandet würde. Es ist aber Sache der Beigeladenen (50 Hertz, H.L.) zu entscheiden, ob sie bereits Investitionen vornimmt, obwohl sie nicht über einen bestandskräftigen Planfeststellungsbeschuß verfügt.« (BVerwG, 12.11.2020, Rdnr. 5)

Auch ansonsten findet sich in der Entscheidung zur Zwischenverfügung vom 12.11.2020 keinerlei negatives Präjudiz zum Ausgang des Eil- oder gar des Klageverfahrens.

4. Fazit: Der Planfeststellungsbeschuß zur Uckermarkleitung ist in der Fassung der Planergänzung vom Sommer 2020 erneut vollständig angegriffen – von Bertikow bis Neuenhagen. Das Gericht hat bisher weder über die Klage noch über den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz (Baustopp) entschieden. Damit ist die Genehmigung der Uckermarkleitung nach wie vor insgesamt nicht rechts- bzw. bestandskräftig. Das Gericht hat – und zwar ohne jedes Präjudiz für den Ausgang der Verfahren und mit dem Verweis auf das eigene Risiko von 50Hertz – im November 2020 lediglich keine sogenannte Zwischenverfügung für die südlichen Baulose 4-5 zwischen Golzow und Neuenhagen erlassen wollen. Hintergrund dafür ist der Ausgang des Klageverfahrens vor fünf Jahren: Damals konnten wir obsiegen wegen des Umgangs mit europäischen Schutzgebieten. Eine vergleichbare Betroffenheit europäischer Schutzgebiete gibt es in den südlichen Abschnitten nicht.

Nicht über unsere Köpfe! Keine 380kV-Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!

HARTMUT LINDNER

Naturschutzpreis 2021

Zum dritten Mal in Folge schreibt die stadteigene Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) Eberswalde einen eigenen Naturschutzpreis aus.

Anlaß ist die bestehende Klimaschutzvereinbarung der WHG mit der Stadt Eberswalde. Die nachhaltige Immobilienbewirtschaftung unter Mitwirkung der Mieter an Natur- und Klimaschutzkonzepten ist hier ein wichtiges Handlungsfeld. Dieses sieht unter anderem vor, daß in den Bestands- und Sanierungsobjekten die naturnahe Gestaltung des Wohnumfelds unter Einbeziehung und Mitwirkung der Mieter im Rahmen eines Mieterbestimmungskonzeptes erfolgen soll. Mit dem Ziel einer kunden- und serviceorientierten Mieterbindung an das jeweilige Wohnumfeld.

Der WHG Naturschutzpreis ist mit einem Preisgeld in Höhe von 750 Euro dotiert. Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement sowie Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima in den WHG Wohnquartieren und Hausgemeinschaften.

Bewerben können sich Mieterinnen und Mieter, Hausgemeinschaften, Wohngemeinschaften, soziale Wohnträgerprojekte, die in Wohnungen der WHG wohnen und über einen gültigen Mietvertrag mit der WHG verfügen. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders willkommen. Begründete Auszeichnungsvorschläge sind ebenfalls möglich. Die Projekte oder Initiativen müssen in eigenen Wohnquartieren der WHG angesiedelt sein und sollen der Gemeinschaft im Quartier zugute kommen. Hierbei können bereits umgesetzte Projekte und/oder auch Projektvorstellungen und Projektentwürfe eingereicht werden. Das Projekt sollte in einer Präsentation (Print, medial oder Modell) möglichst anschaulich dargestellt werden.

Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 30.04.2021 bei der WHG, Dorfstr.9 in 16227 Eberswalde unter Angabe des Stichwortes »WHG Naturschutzpreis 2021« eingereicht werden.

Über die Preisvergabe wird eine hochkarätige Fachjury aus regionaler Politik, Wissenschaft, Immobilienwirtschaft und dem Mieterbeirat entscheiden. Wir freuen uns außerordentlich darüber, daß wir für die Mitarbeit in der Jury bekannte Eberswalder Persönlichkeiten gewonnen haben, die sich für die Natur, die Umwelt und den Klimaschutz seit vielen Jahren in der Stadt und bei der WHG engagieren und die in ihren beruflichen Profilen die Qualifikationen mitbringen, um hier mit einem fachlichen, sozialen und gesellschaftlichen Blick über die Vergabe des Naturschutzpreises 2021 im IV. Quartal 2021 entscheiden zu können.

Die Teilnahmebedingungen sind im Internet veröffentlicht unter www.whg-ebw.de

DOREEN BODEN

Eberswalder Stellungnahme

Eberswalde (bbp). »Die Stadt Eberswalde hält aufgrund der weiterhin bestehenden Gefährdungspotentiale für die Bevölkerung und der erheblichen Eingriffe in das Stadt- und Landschaftsbild, an den von ihr im Laufe des Planfeststellungsverfahrens abgegebenen Stellungnahmen vom 24.09.2010, 28.07.2010, 10.07.2012, 22.10.2012, 28.08. 2012, 17.09.2012, 22.11.2012, 14.08.2013 fest und lehnt das Vorhaben auch künftig in der derzeit geplanten Form ab.« Mit diesen Worten bezog die Stadt Eberswalde am 22. August 2018 eine klare Stellung gegenüber dem Landesbergamt in Cottbus zum »ergänzenden Verfahren für die Errichtung und den Betrieb der 380-kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen 481/482 – Uckermarkleitung – sowie der damit im Zusammenhang stehenden Leitungsabschnitte«.

23. Februar 1918:
Tag der Roten Armee

Der Panzerkreuzer Aurora gab 1917 in Petrograd (heute St. Petersburg) das Signal zur Revolution in ganz Rußland. Die Unzufriedenheit mit dem Krieg und der Zarenherrschaft war groß. Die Massen hatten förmlich auf dieses Signal gewartet. Lenin war viel im Ausland, hatte in vielen Ländern mit Arbeitern gesprochen. In Deutschland kam es dann ein Jahr später zur Novemberrevolution.

Anfang 1918 saß die Hindenburg-Ludendorff'sche Militärdiktatur von Kaiser Wilhelm II. Gnaden aber noch fest im Sattel. Sie sah infolge der russischen Revolution die Chance, ihre Expansionspläne im Osten umzusetzen, während zugleich Truppenmassen an die Westfront verlegt wurden, um dort in einer letzten Entscheidungsschlacht den Sieg über die Armeen Frankreichs und Großbritannien zu erringen, bevor die 1917 in den Krieg eingetretene USA ihre Truppen in Europa entfalten konnten.

Während in Brest-Litowsk die Vertreter der jungen Sowjetrepublik mit den Militärs des deutschen Kaisers verhandelten, rückten deutsche Truppen in Richtung Petrograd, dem Herz der russischen Revolution, vor. Unter der Leitung von Leo Trotzki formierten sich die Roten Garden der Revolution eiligst zur regulären Armee. Am 23. Februar 1918 errangen sie gegen die deutschen Invasoren ihren ersten Sieg und stoppten deren Vormarsch. Der 23. Februar gilt seither als der Gründungstag der Roten Armee.

Budjonny, der Reitergeneral, hat tatkräftig mitgemischt und trug sehr viel mit dazu bei, daß das von allen Seiten angegriffene Sowjetrußland die Bürger- und Interventionskriege, mit denen die Revolution erstickt werden sollte, siegreich überstand. Auch Tschapajew war ein großer Heerführer. An ihn erinnert das grandiose Lied: *»Vorwärts stürmen die roten Reitercharen. Vorwärts. Stürmt wie Tschapajew. Uns're Heimat, die ist in Gefahren, darum stürmt wie Tschapajew. Schlagt den Feind, daß er vor uns erzittert. Schlagt den Feind wie Tschapajew.«*

Es war recht feierlich, als wir – mein Sohn, Helmut Braunschweig und ich – zum 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Leningrad (St. Petersburg) waren. Wir kamen mit vielen Menschen zusammen, denen die Traditionen des Roten Oktobers am Herzen liegen. Dazu gehört auch die Erinnerung an die Gründung der Rote Armee. In Rußland wird der 23. Februar auch heute noch als ein denkwürdiger Tag begangen.

NORBERT GLASKE

Kreisbaubetrieb in Aktion

23. Februar 2021: Kreiswerke Barnim beginnen ihr erstes großes Bauprojekt



Foto: Torsten Strabel

Eberswalde (bbp). Am 23. Februar fand an der Neuen Straße im Eberswalder Stadtteil Nordend der offizielle Baustart des neuen Kreisarchivs des Landkreises Barnim statt. Unter Anwesenheit der am Bau beteiligten Firmen und einiger Gäste wurde bei frühlingshaftem Wetter das erste große Bauprojekt der Kreiswerke Barnim GmbH (KWB) durch den symbolischen Spatenstich begonnen.

»Wir freuen uns schon jetzt auf mehr Platz, besseres Klima für unsere historischen Dokumente und die zentralere Lage«, so BRIGITTA HEINE, Leiterin des Barnimer Kreisarchivs über die Vorteile des zukünftigen Gebäudes. Die Fertigstellung des neuen Archivs ist für Juni 2022 geplant, der Umzug aller Dokumente in das neue Gebäude soll bis Ende 2022 erfolgen.

»Wir bauen für den Barnim«, wird Landrat DANIEL KURTH in der Pressemitteilung der KWB zitiert. Es ist das erste Bauprojekt für den kreiseigenen Konzern, zu dessen Aufgaben auch die Abfallentsorgung im Landkreis und das Betreiben von Solaranlagen gehören.

Der Kreistag hatte im Dezember 2020 mit einem »klaren Votum«, wie betont wird, für die Erweiterung des Aufgabenspektrums der Kreiswerke gestimmt und ihnen damit »die Entwicklung einer nachhaltigen Immobilieninfrastruktur für den Landkreis« übertragen.

KWB-Geschäftsführer CHRISTIAN MEHNERT versichert: »Wir werden hier am Standort unserer Aufgabe im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des Landkreises auch im Bereich Bauen nachkommen und das Kreisarchiv unter Berücksichtigung hoher energetischer und funktionaler Ansprüche errichten«. Dafür ist eine Investitionssumme von circa 6 Millionen Euro eingeplant. »Eine Investition in die Region, von der auch die ansässigen Firmen profitieren. Von den ersten sechs vergebenen Baustellen gingen fünf an regionale Handwerksbetriebe.«

Das ehemalige Porsche-Autohaus in der Neuen Straße 3 stand 20 Jahre leer. »Durch die Nutzung der bestehenden Bausubstanz vermeiden wir zusätzliche Flächenversiegelungen, die ein Neubau an anderer Stelle verursacht hätte«, erläutert JENS KLARE vom Ahrensfelder Archi-

tekturbüro Formazin & Partner. Nach einer umfangreichen Entkernung, bei der das Gebäude auch von den asbesthaltigen Altlasten befreit wird, beginnen die Um- und Anbaumaßnahmen. Der alte Gebäudeteil wird energieeffizient saniert und durch den Anbau zweier neuer Gebäudekomplexe ergänzt. Die Archivfläche erweitert sich von derzeit 1.600 m², die im alten Kreisarchiv in der Carl-von-Linde-Straße im TGE zur Verfügung steht, auf insgesamt 2.360 m². Optisch soll das neue Kreisarchiv als »Gedächtnis des Landkreises« an ein liegendes Buch erinnern.

Intelligent und recyclebar

Das Gebäude soll höchsten Ansprüchen an Effizienz und Nachhaltigkeit gerecht werden. So arbeiten die Fachplaner in enger Abstimmung für ein intelligentes Heizungs-, Lüftungs- und Beleuchtungskonzept. Eine energieeffiziente kompakte Bauweise wird durch die Optimierung der Außenfläche und die Aufteilung der Innenräume in Temperaturzonen erreicht. Das neue Archiv bezieht auch eine Regenwassernutzung und Wasserrückhaltung ein und bietet mit einem Gründach Lebensraum für Kleinlebewesen. Auch eine Photovoltaikanlage für das Dach ist geplant. Alle Baustoffe und Materialien sind recycelbar. Ziel ist es, das Gebäude auch funktional und erweiterbar zu konzipieren.

Transparenz und Bürgernähe

»Das Kreisarchiv soll für alle Barnimerinnen und Barnimer ein Ort der Begegnung sein, wo sie sich mit heimatkundlichen Dokumenten, aber auch mit Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung auseinandersetzen können«, erklärt Landrat Kurth. Der gewählt Standort ist dafür ideal: In unmittelbarer Nähe befindet sich eine Bushaltestelle. Zugänglich und transparent soll nicht nur das Kreisarchiv selbst, sondern auch der gesamte Bauprozess gestaltet werden. Außerhalb der Baustelle haben die Kreiswerke eine Infobox installiert. Zusätzlich wird eine Baufortschrittskamera das Werden des Kreisarchivs online dokumentieren.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42 (AB)

Zu den Quellen des »Schweyk«:

Das Amt für Gesprächsaufzeichnung

Für die Freunde des SCHWEYK gibt es nachfolgend ein bißchen Hintergrundmaterial. Die Frage, wer oder was das »Amt für Gesprächsaufzeichnung«, abgekürzt AGA, ist, hat sich vielleicht schon mancher Leserin und manchem Leser gestellt. Es geht also um Aufklärung der Aufklärung. Die Geschichte dieses interessanten, aber von der Öffentlichkeit nicht angemessen gewürdigten Amtes, soll nachfolgend einmal kurz aber zusammenhängend dargestellt werden.

Wie man schon dem Namen entnehmen kann, handelt es sich dabei um ein ganz normales demokratisches Amt, das die Kontrolle der Bürger sicherstellt. Darin besteht ja das Wesen der Demokratie, in der Kontrolle der Bürger. Heute sitzt das AGA (ganz praktisch) im Telekom-Haus in Berlin-Charlottenburg. Früher, ich erinnere mich noch daran, während meiner Lehrerausbildung, Ende der 70er Jahre, residierte es im Nordsternhaus in Berlin-Schöneberg. Gleich neben der Landeszentrale für politische Bildung, getreu dem Motto: Wir machen die politische Aufklärung, die anderen sind für die politische Bildung zuständig. Das ist eine gute Arbeitsteilung.

Natürlich hatten die Leute vom AGA die interessanteren Materialien. Es war nur schwierig, an sie ranzukommen. Aber der Schulsenat hatte sich damals mit dem Innensenator kurzgeschlossen und eine Reihe von verpflichtenden gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen für die Amtsanwärter aus den beiden Senatsverwaltungen beschlossen. Sie wurden für die Lehrer und die Polizisten gemeinsam organisiert. Da saßen sich dann plötzlich die hoffnungsvollen Amtsanwärter gegenüber, die sich noch wenige Monate zuvor auf dem Campus etwas weniger entspannt (vielleicht einen Pfla-

sterstein oder ordnungsgemäß einen Gummiknüppel in der Hand) gegenüberstanden hatten. (Für den Zeitgeschichtler ein gefundenes Fressen.) Die Kommunikation war zwar schwierig, aber man kam sich näher...

Das AGA wuchs. In dem Maße, wie die Kontrolle der Bürger immer notwendiger und besser wurde, konnte auch die politische Bildung abgebaut werden, so daß immer mehr Räume im Nordsternhaus dem AGA überlassen werden konnten.

Das AGA ist ein originäres Westgewächs, es hat nichts mit der alten Stasi zu tun, denn, wie gesagt, es stärkt die Kontrolle der Bürger. Nach der Wende gab es Stimmen in der weniger sensiblen Innenverwaltung, das AGA möge doch in die Normannenstraße umziehen, wo etliche tausend Quadratmeter Bürofläche plötzlich leer standen. Aber dieser Vorschlag wurde von den Mitarbeitern sofort verworfen, als sie die Telefonanlage des Erich Mielke sahen. Diese war den Anforderungen, die schon damals an den Apparat der Bürgerkontrolle gestellt wurden, einfach nicht gewachsen.

Das AGA legt Wert darauf, nicht als Geheimamt für Gesprächsaufzeichnung bezeichnet zu werden, denn das wäre undemokratisch, da nicht transparent und dann müßte es ja auch GAGA heißen. Das würde die Rekrutierung von neuen qualifizierten Mitarbeitern erheblich erschweren. Gaga will keiner sein.

Der durchaus gesprächsbereite, auch etwas geschwätzige Chef des Amtes, ein gebürtiger Schwabe und gelernter Tontechniker, kein Jurist, geschweige denn Verfassungsrechtler, erklärt jedem, der ihn auf die Aufgabe des AGA anspricht, daß diese darin bestehe, bestimmte technische Mindestanforderungen für die Geräte zur Aufzeichnung von Gesprächen aller Art zu garantieren. Also Rauschunterdrückung, Lautstärkeregelung, Halleffekte und Helligkeitsabgleich bei Bildaufzeichnungen usw., also die Handhabung rein technischer Normen. Man gewinnt den Eindruck, daß es sich um eine Serviceeinheit zur Qualitätssicherung und Zertifizierung für Ton- und Bildaufzeichnungsgeräte, also Anrufbeantworter, Kassetten- und Videorecorder oder Mobiltelefone handelt. So etwas wie die Stiftung Warentest.

Das Amt verfüge zwar auch über eine kleine juristische Abteilung, diese sei aber schon seit Jahren in erster Linie damit befaßt, eine EU-weite Norm der Gesprächsaufzeichnung zu erarbeiten, eine eher etwas dröge, rein rechtstechnische Angelegenheit, für die sich in der Öffentlichkeit wohl kaum jemand ernsthaft interessiert, weshalb er auch nicht ins Detail ge-

hen wolle. Aus Respekt vor dem Schutz der Privatsphäre, dieser Rechtsgrundsatz sei ihm, dem Laien durchaus geläufig, sei es auch nicht möglich, die Archive des AGA Dritten zugänglich zu machen oder einfach mal in ein paar Gesprächsaufzeichnungen reinzuhören. Die seien nun wirklich Verschlusssache.

Das leuchtet ein.

Zum Schweyk

Ich selbst hab den Schweyk einmal getroffen. Auf der Basis der Gesprächsaufzeichnungen des AGA war es nicht schwer, seinen Aufenthaltsort ausfindig zu machen, er erklärte ja selbst einmal einer attraktiven TAZ-Redakteurin (ich habe den Video-Mitschnitt des Gesprächs gesehen) er betreibe in der Winterfeldtstraße ein Antiquariat, in das er sie gleich einlud! Bei meinem Besuch erklärte er mir:

»Wissen S' ich hab' nix zu verbergen, ich hab' immer frei gesprochen und ehrlich gesagt, ich hab' auch nix anderes erwartet; – das ist keine Angeber- oder Besserwisserei, das ist bei meiner Biographie nix Ungewöhnliches, das ist ganz normal, da ham sich schon größere Geister für mich interessiert, als die Leute vom AGA. Kennen S' noch den Hasek, den ewigen Gast im Kelch, der mich dort ausgeforscht hat, oder den Brecht, der mich in den 40er Jahren ganz passabel porträtiert hat? Ach schauen S' doch einfach mal in eine Literaturgeschichten. Ich hab nie aus meinem Herzen eine Mördergrube gemacht. Die Mörder, das waren die andern...«

Lassen S' mich in Ruh mit Ihrer AGA, deren Tage sind eh gezählt.

Na gut, veröffentlichen S' halt die Bänder und Disketten, wo Sie aus der AGA oder sonst wo herham, aber lassen S' mich in Ruh. Ich werd' Ihnen auch nix zertifizieren, außer dem Hunderl, was bei mir kaufen, da kenn ich mich aus, obwohl ich auch des G'schäft so langsam aufgeb, na ja, net ganz, der Mensch mus ja lehm von was. . .

Da sehen Sie, daß der alte Schweyk sich doch treu geblieben und wieder in den Hundehandel eingestiegen ist. Also, wenn S' ein Tierfreund sind und ein günstiges Angebot suchen, sind S' beim Schweyk nicht verkehrt. Gehen's einfach mal bei ihm vorbei in der Winterfeldtstraße in seinem Antiquariat.

Jetzt in diesen Coronazeiten ist die Nachfrage nach Hunden stark gestiegen und der Markt wie leergefegt. Da wird seine Hilfe gerne in Anspruch genommen. Das hätte er nicht geglaubt, daß er in seinem alten Metier noch einmal so gefordert wird.

HARTMUT LINDNER

Sonne

*Du strahlende mächtige Sonne!
Weltenwanderin!
Herzenkönigin!
Sinnbild gewinnender Kraft,
aufbauender Hoffnung,
selbstloser Liebe.
Sei begrüßt!*

*Du schenkst mit reinem Angesicht,
ohne Vorbehalt und
den geheimen Wünschen
verborgender Gedanken.
Immer schmückt Dich das Kleid
der Wahrhaftigkeit und
Deine Gaben fließen
aus den Toren verstehender Gnade.
Sei nochmals begrüßt!*

*Dein Einzug ist strahlend,
Dein Abgang verheißend,
Deine ewige Wiederkehr
ein Bronnen allgöttlichen Wirkens.
Opferfülle des Lichtes!
Schale geborgenen Glanzes!
Sphärenlied der Harmonie!
Zum drittenmal, sei begrüßt!*

KURT KRETSCHMANN (geb. am 2.3.1914)

Ganzheitliche Ernährung (5)

Heute möchte ich Ihnen einen weiteren wichtigen Baustein für unseren menschlichen Körper vorstellen: die *Proteine* (Eiweiß). Proteine sind *der wichtigste Nährstoff* für unseren Körper, dies wird schon am Wort Protein deutlich, dieses Wort wird vom griechischen Ausdruck »*proteno*« abgeleitet, was mit »*ich nehme den 1. Platz ein*« übersetzt werden kann.

Proteine braucht unser Körper für eine Vielzahl von Aufgaben. Die wichtigsten: als Zellbaustein; als Bestandteil von Enzymen; ermöglichen die Bewegung der Muskulatur als Muskelweiß; als Bestandteil der Immunreaktion; als Bestandteile von Hormonen; als Bestandteil der Blutgerinnung (zur Wundverklebung). Proteine sind somit an einer Vielzahl von Prozessen im menschlichen Körper beteiligt.

Die menschlichen Proteine sind aus 20 verschiedenen Aminosäuren zusammengesetzt, davon sind acht Aminosäuren *essentiell*, das heißt, diese Aminosäuren *müssen* mit der Nahrung aufgenommen werden. Proteine sind die einzige vom Menschen verwertbare Stickstoffquelle. Proteine werden ständig aufgebaut und ständig abgebaut. Bei einem gesunden Menschen liegen Aufbau und Abbau in einem Gleichgewicht. So ist bei einer Diät darauf zu achten, daß immer genügend Protein aufgenommen wird, da es sonst zu einem Energiemangel kommt, da nicht genügend Energie für den Proteinstoffwechsel zur Verfügung gestellt werden kann. Ein Mangel an Protein kann zu einer Vielzahl von Krankheiten führen, so steigt das Risiko einer Lungenentzündung, Muskeln werden abgebaut, etc. Andererseits kann der Proteinstoffwechsel nicht unendlich angeregt werden, ab einem bestimmten Limit ist eine weitere Proteinaufnahme nutzlos.

Den höchsten Proteinbedarf haben Babys, im ersten Monat empfiehlt die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) 2,5 Gramm Protein (pro Kilogramm Körpergewicht) pro Tag. Ein Baby mit 3 kg Gewicht sollte 7,5 Gramm Protein am Tag zu sich nehmen. Später sinkt der Wert. So empfiehlt die DGE im Alter von 19 bis 65 Jahren eine tägliche Zufuhr von 0,8 Gramm an Protein pro Kilogramm Körpergewicht. Wer also 70 Kilogramm wiegt, sollte somit 56 Gramm Protein täglich zu sich nehmen. Die genannten Werte gelten nur für gesunde Menschen ohne besondere Anstrengungen. So haben Schwangere einen erhöhten Proteinbedarf, ebenso Leistungssportler. Bei Tumorerkrankungen kann der Proteinbedarf höher sein, bei Nieren- oder Leberversagen ist der Bedarf niedriger. Früher wurde der Proteinbedarf vor allem aus pflanzlicher Nahrung aufgenommen, in unserer heutigen industriellen Welt mit vielen stark verarbeiteten Lebensmitteln werden nach Studien ca. 70% aus tierischen Quellen aufgenommen (Fleisch, Wurst, Käse etc.). Zu den besonders proteinreichen Lebensmitteln zählen Hülsenfrüchte, Tofu, Haferflocken und Walnüsse sowie Fisch.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Reaktionärer Staatsumbau

Für den BRD-Imperialismus ergab sich nach 1990 eine besondere Situation, die nicht nur darin bestand, daß er wie alle Imperialismen über eine erhebliche Veränderung des weltweiten Kräfteverhältnisses und über wiedergewonnene Territorien jubeln konnte. Die Annektion der DDR stärkte ihn. Er konnte sich auf dem eigenen Staatsgebiet ein Hinterland schaffen, mit dem es wesentlich einfacher war, die Konkurrenz innerhalb der eigenen Arbeiterklasse zu verschärfen...

Auch international waren Rücksichten obsolet geworden. Das Ergebnis war die Wiedererlangung der Kriegsführungsfähigkeit und das Kriegführen selbst. Das Ergebnis war die Agenda 2010, der schärfste Angriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse seit 1945. Beides war wiederum die Voraussetzung, politisch und ökonomisch die Vormachtstellung in der EU zu übernehmen. Nicht vergessen sollte man auch die Einfügung der sogenannten Schuldenbremse in das Grundgesetz und die Länderverfassungen. Damit erhalten Kürzungspolitik und Privatisierungen einen verfassungsrechtlichen Anstrich. Die weitreichenden Änderungen rechtfertigen es, von einer Wesensveränderung (des Imperialismus) zu sprechen, die mit den Worten »*reaktionärer Staatsumbau*« treffend bezeichnet ist.

Das alles verlangt eine Formierung nach innen und führte zum Übergang von einer stark reformistisch ausgeprägten Integration zu einer reaktionären Integration. Die macht sich an Gesetzen wie der faktischen Abschaffung des Asylrechts genauso fest wie an den sogenannten Polizeiaufgabengesetzen. Sie beinhaltet die Gewöhnung an die Bundeswehr im öffentlichen Raum zum Beispiel durch die militaristische Rekrutierungspolitik für die Bundeswehr. Dazu gehören die Umschreibung der Geschichte, vor allem hinsichtlich der Rolle der Sowjetunion und die Delegitimierung der DDR, sowie die antirussische und die antichinesische Propaganda.

In Kauf nehmen mußte man zwar, daß sich aus der SED eine relativ starke Linkspartei entwickelte, die lange Zeit in einigen Fragen Opposition war und von vielen Menschen im Osten der Republik als ihre Interessenvertretung gesehen wurde. Die jahrzehntelang erprobte Praxis, solche Kräfte im Parlamentarismus zu integrieren, erwies sich jedoch einmal mehr als erfolgreich. Diese Integration frustrierte viele Mitglieder, Anhänger und Wähler der Partei Die Linke. Und bewiesen schien, daß diese Partei im bürgerlichen Polittheater mitspielt wie jede andere auch. So nehmen zwar viele Menschen die gesellschaftlichen Widersprüche wahr, protestieren und begehren auf, der Protest ist aber oft genug irrational, gar nationalistisch und rassistisch.

Zum reaktionären Staatsumbau gehört, daß Flucht und Migration, mit Kriegen und Ausbeutung ganzer Nationen durch imperialistische Staaten selbst verursacht, zum Mittel werden, die Konkurrenz unter den Ausgebeuteten zu erhöhen und damit Nationalismus und Rassismus zu befeuern. Und natürlich gehört dazu, daß mit der AfD eine parlamentarische Kraft

hervorgebracht wurde, die Nationalismus und Rassismus offen verbreitet, den öffentlichen Diskurs in diese Richtung drängt und von den Ursachen der wachsenden Konkurrenz unter den Ausgebeuteten ablenkt.

Viel zu wenig beachtet werden die Angriffe auf das Streikrecht seit 1989. Die erfolgten nicht vorwiegend auf dem Gesetzesweg, auch wenn das sogenannte »*Tarifeinheitsgesetz*« durchaus als Bestandteil des reaktionären Staatsumbaus zu nennen ist und ja auch aktuell genutzt wird, um bei der Bahn die gewerkschaftliche Solidarität zu schwächen. Es geht hierbei vielmehr generell um das Streikrecht als Angelegenheit gerichtlicher Entscheidungen und deren Auslegung. Das »*Verbot*« politischer Streiks zum Beispiel stammt aus den frühen 50er Jahren.

Selbst die Bundeszentrale für politische Bildung, kaum verdächtig, die Sache der Arbeiterbewegung zu vertreten, schreibt dazu: »*Erst seit den Streiks der Zeitungsbetriebe 1952, bei denen Beschäftigte für mehr Rechte im Betriebsverfassungsgesetz kämpften, gilt in Deutschland der politische Streik als verboten. Wie weitgehend dieses Verbot ist, bleibt allerdings umstritten: Im Grundgesetz ist das Streikrecht keineswegs eingeschränkt. Daß der Urteilspruch von 1952 durch das Freiburger Landesarbeitsgericht als generelles Verbot politischer Streiks interpretiert wird, ist zunächst ein Kompromiß der Gewerkschaften mit der politischen Ordnung. Das Gericht entschied damals lediglich, daß die Zeitungsstreiks rechtswidrig seien, unterstrich aber ausdrücklich, daß sie nicht verfassungswidrig sind.*«

Dieser reaktionäre Umgang mit dem Streikrecht stammt also aus der frühen, relativ autoritären Zeit der Bundesrepublik. Trotzdem gab es immer wieder politische Streiks. Ein Beispiel, leider aus dem kollektiven Bewußtsein der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verschwunden, waren die »*fünf Mahnminuten für den Frieden*«, ein kurzer, aber damals wichtiger Streik gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in den frühen 80er Jahren.

Daß sich die Gewerkschaften de facto auf dieses angebliche »*Verbot*« politischer Streiks eingelassen haben, ist ein schweres Versagen, doch darum soll es nicht vordringlich gehen. Vielmehr darum, daß der staatliche, polizeiliche und gerichtliche Umgang mit den Arbeitsniederlegungen eine Wesensveränderung erfahren hat. Noch in den 1980er Jahren war es kaum denkbar, daß die Polizei sich einmischte, wenn Gewerkschaften streikten oder Streikpotenziale agierten.

PATRICK KÖBELE
(Fortsetzung folgt)

Feuchtgebiete an der Oder

Ein Aufruf zur Petitionsunterzeichnung

Am 2. Februar veröffentlichte ein Bündnis aus unterschiedlichen Organisationen und Privatpersonen ein Video, das zum gemeinsamen Schutz der Oder aufruft. Anlaß ist der WELTTAG DER FEUCHTGEBIETE.

In dem Video wird direkt vor Ort, im unteren Odertal, die Bedeutung der natürlichen Feuchtgebiete kurz erläutert und auf den geplanten Oderausbau hingewiesen. Unter anderem äußern sich die zwei Initiatorinnen der Petition »Stopp die Pläne des Ausbaus der Oder!« KATRIN DOBBRICK und ELIZABETH PANKHURST. Ihre Petition soll am 14. März, dem Internationalen Aktionstag für Flüsse und gegen Staudämme, übergeben werden. »Mit dem Video wollen wir ein weiteres Zeichen für den Endspurt setzen. Seit August haben über 2.327 Fluß-Freundinnen und Freunde die Petition an die Landesregierung mitgezeichnet. Wir wollen in den nächsten Wochen nochmals deutlich nachlegen.«

LENA MUTSCHLER von der AG Wasser »ein-Fluß« erklärt: »Obwohl das Ausbauprojekt als Hochwasserschutz-Projekt deklariert wird, handelt es sich tatsächlich um ein Binnenschiffahrtsprojekt.« Die Kanu-, Natur- und Landschaftsführerin FRAUKE BENNETT macht deutlich, wie sehr die außerordentliche hohe natürliche Vielfalt des Nationalparks Unteres Odertal durch das Ausbauprojekt bedroht ist. Der Koordinator des Aktionsbündnisses Lebendige Oder der Umwelt- und Naturschutzverbände SASCHA MAIER weist im Video auf den Konflikt mit dem europäischen Umwelt- und Natur-



FOTO: AG WASSER »EIN-FLUSS«

schutzrecht hin. **Das Video ist unter folgendem Link zu sehen: vimeo.com/506582946.**

Der Welttag der Feuchtgebiete wurde 1997 von der UNESCO ausgerufen und findet seitdem jährlich am 2. Februar statt. Das 1971 in Ramsar verabschiedete internationale Abkommen zum Schutz der Feuchtgebiete wurde 1976 auch von Deutschland unterzeichnet. Die sogenannte »Ramsar-Konvention« hat in Deutschland 34 Gebiete unter Schutz gestellt, darunter auch das untere Odertal bei Schwedt.

Offener Brief an US-Präsident Biden:

Bioenergie verstärkt Erderwärmung

500 Wissenschaftler äußern sich kritisch zur Holzverbrennung

Eberswalde (bbp). Professor PIERRE IBISCH und drei seiner Kollegen von der HOCHSCHULE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG EBERSWALDE gehören zu den 500 Wissenschaftlern aus aller Welt, die sich am 11. Februar mit einem »Brief bezüglich der Nutzung von Wäldern für Bioenergie« an den US-Präsidenten Biden, die EU-Präsidenten von der Leyen und Michel, den japanischen Premierminister Suga sowie den südkoreanischen Präsidenten Moon gewandt haben. In dem Brief loben die Wissenschaftler zunächst das Bemühen, bis 2050 in den USA, der EU, Japan und Südkorea Kohlenstoffneutralität zu erreichen. Die Erhaltung und Wiederherstellung von Wäldern sollte dabei ein Schlüsselement sein, da das gleichzeitig dazu beiträgt, die globale Biodiversitätskrise zu bewältigen. »Wir bitten Sie eindringlich«, heißt es in dem Brief, »nicht sowohl die Klimaziele als auch die biologische Vielfalt der Welt zu untergraben, indem Sie von der Verbrennung fossiler Brennstoffe auf die Verbrennung von Bäumen zur Energiegewinnung umsteigen.«

Die Erzeugung von Strom und Wärme aus den Produktionsabfällen bei der Herstellung

von Papier- und Holzprodukten halten die 500 Wissenschaftler für sinnvoll. Das führe nicht zu zusätzlicher Ernte von Holz. »In den letzten Jahren gab es jedoch eine fehlgeleitete Tendenz, ganze Bäume zu fällen oder große Teile des Stammholzes für Bioenergie abzuweigen, wodurch Kohlenstoff freigesetzt wird, der sonst in den Wäldern gebunden bleiben würde.« Folge sei ein großer Anstieg der Kohlenstoffemissionen, eine »Kohlenstoffschuld«, die erst nach vielen Jahren getilgt werde, wenn die Bäume wieder nachgewachsen sind. Das braucht Zeit. »Zeit, die die Welt nicht hat, um den Klimawandel zu lösen.« Zahlreiche Studien hätten gezeigt, daß die Holzverbrennung die Erderwärmung über Jahrzehnte bis Jahrhunderte sogar verstärken wird. Ähnliche Wirkungen erwarten die Wissenschaftler infolge der energetischen Nutzung von Pflanzenölen.

»Bäume sind lebendig wertvoller als tot, sowohl für das Klima als auch für die Artenvielfalt. Um zukünftige Netto-Null-Emissionsziele zu erreichen, sollten Ihre Regierungen daran arbeiten, Wälder zu erhalten und wiederherzustellen und sie nicht zu verbrennen.«

Windräder im Wald:

Verbot abgelehnt

Die Mehrheit des Brandenburger Landtages hat in der jüngsten Landtagssitzung den Gesetzesantrag von BVB/Freie Wähler auf Verbot der Errichtung von Windrädern in Wäldern abgelehnt.

Die Vorlage sah vor, daß im Interesse des Natur- und Artenschutzes das Waldgesetz dahingehend geändert wird, daß zukünftig keine Windkraftanlagen mehr in Wäldern errichtet werden können. Im Thüringer Landtag wurde im Dezember parteiübergreifend (einstimmig!) ein Gesetz beschlossen, das Windkraftanlagen in Waldgebieten ausschließt. Die Fraktion BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg paßte dieses an das brandenburger Recht an und reichte es als Gesetzesantrag ein. Die klare Mehrheit des Landtages lehnte jedoch ab. Begründung: Der Schutz des Waldes stünde den Ausbauzielen der Windkraft entgegen.

Den Sinn dieser Ausbauziele konnte angesichts bestehender Windkraft-Überkapazitäten keine der ablehnenden Fraktionen plausibel erklären. Ebenso wenig, warum ihre Parteikollegen in Thüringen den Wald schützen, während sie ihn in Brandenburg trotz bereits jetzt erheblich höherer Windrad-Dichte für weitere Anlagen abholzen wollen. Während in Thüringen aktuell zirka 900 Windräder stehen, sind es in Brandenburg bereits 3.900. So wurde unter anderem auch behauptet, daß Teile des Brandenburger Waldes wertlos seien, sodaß dessen Abholzung gerechtfertigt sei. Wir weisen nachdrücklich darauf hin, daß Brandenburg eine der höchsten Windraddichten aller Bundesländer aufweist. Es ist und bleibt wichtig, sich weiterhin für den Schutz von Wald und Artenvielfalt einzusetzen. Dies trifft insbesondere auf die zunehmende Tötung und Vergrämung von geschützten Greifvögeln zu. Zudem wollen wir zeigen, daß der weitere Zubau von Überkapazitäten im Bereich Windkraft keinen Beitrag dazu leistet, Brandenburgs Energieversorgung sauber zu machen.

Verschiedene parlamentarische Anfragen des Landtagsabgeordneten PÉTER VIDA ergaben weitere problematische Erkenntnisse. Eine Anfrage ergab, daß die Regierungskoalition ihr Versprechen nach größeren Mindestabständen von mindestens 1.000 Metern (an vorbelasteten Standorten 1.500 Metern) nicht eingelöst hat. Im Barnim gelten für Windkraftanlagen weiterhin nur verbindliche Mindestabstände von 800 Metern zur Wohnbebauung. Dies gilt auch für Repowering. Viele kleine Altanlagen werden voraussichtlich in den kommenden Jahren durch aktuelle, bis zu 240 Meter hohe Anlagen ersetzt. Die Weigerung, die Mindestabstände an die gestiegene Anlagengröße anzupassen, dürfte in Zukunft immer häufiger zu Überschreitungen der Lärmgrenzwerte führen. Wie in Teilen von Bernau, wo BVB/Freie Wähler Messungen durchsetzen konnte.

BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg

Wir deutschen Jungen und Mädels haben uns in der Freien Deutschen Jugend zusammengeschlossen, um vom Ausland aus unseren deutschen Kameraden in ihrem schweren Kampf gegen das jugendfeindlichste aller Systeme beizustehen. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, mit allen unseren Kräften beizutragen, die notwendige Einheit der deutschen Opposition im Ausland zu schmieden, damit sie eine wirkliche Hilfe für diejenigen wird, die heute unter Einsatz ihres Lebens für die Einheit des deutschen Volkes und seiner Jugend gegen Hitler, für ein freies und glückliches sozialistisches Deutschland kämpfen.« (aus der Gründungserklärung, Paris, Juni 1936)

Diese Erkenntnis mußte siegen, denn sie war die richtige Konsequenz aus der Zersplitterung der Arbeiterjugend in verschiedenste Organisationen und Weltanschauungen, die ihre Schwäche begründet hat, den Hitlerfaschismus nicht verhindern zu können. Mit dieser Erkenntnis zogen nicht nur Jugendliche im Exil in Paris, sondern auch in Prag und London in den Kampf gegen dieses jugendfeindlichste aller Systeme, den deutschen Faschismus. Diese Jugend des Hochverrats hatte noch eine Erkenntnis: Faschismus und Krieg zu beenden, kann nur gelingen im Vorwärtsgang, im Sturz des Kapitalismus und im Aufbau des Sozialismus. Dies ist seit 85 Jahren die FDJ in all den unterschiedlichen Kampfbedingungen dieser langen Zeit.

In den Westzonen trafen die heimkehrenden FDJler auf das Alte. Auf dieselben Faschisten, peu á peu wieder in Amt und Würden gehievt, auf dieselben Monopole der Bayer und Krupp, auf dieselben Kriegsverdiener, auf die alten Richter und die Erbauer von Auschwitz. Allein für die Umsetzung des Potsdamer Abkommens gegen eine erneute Remilitarisierung einzustehen, genügte, um dieser Regierung der Reaktion ein Dorn im Auge zu sein. Die Kämpfer, die noch wenige Jahre zuvor in den Konzentrationslagern, in den Gestapokellern für die Befreiung gestanden haben, mußten für den reaktionären westdeutschen Kurs aus dem Weg geräumt werden. Verfolgt, weggesperrt, verbo-

Unsere Feinde sagen: Der Kampf ist zu Ende.

Aber wir sagen: Er hat angefangen.

Unsere Feinde sagen: Die Wahrheit ist vernichtet.

Aber wir sagen: Wir wissen sie noch.

*Unsere Feinde sagen: Auch wenn die Wahrheit noch gewußt wird
Kann sie nicht mehr verbreitet werden. Aber wir verbreiten sie.*

(BERTOLT BRECHT)



Vor 75 Jahren, am 7. März 1946 wurde die Freie Deutsche Jugend (FDJ) durch die sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) als politische Jugendorganisation zugelassen. Der 7. März wurde fortan als Geburtstag der FDJ gefeiert. Im Jahr 1946 blickte die FDJ allerdings schon auf eine zehnjährige Geschichte zurück. Bereits im Juni 1936 hatten ins Exil getriebene antifaschistische Jugendliche Paris die »Freie Deutsche Jugend« gegründet.

ten wurden KPD, VVN und FDJ. Erneut Jahre im Gefängnis, erneut bewaffneten Fußtruppen gegenüber.

Auf der anderen Seite stand der Kurs des Aufbaus. Der Wunsch einer Jugend, ein freies und glückliches, sozialistisches Deutschland in die Tat umsetzen zu können, mit der Einschränkung, daß die Adenauer-Reaktion keinerlei Interesse an so einem Plan hatte und die Spaltung förderte. Dieser Aufbau mußte ohne eine Revolution, mußte aus der Schwäche, die Befreiung nicht selbst herbeigeführt zu haben, passieren. Mußte mit denjenigen gemacht werden, die gar nichts anderes kannten als den Drill der Hitlerjugend, mit einer Generation, die 12 Jahre lang geblendet war, geduldet oder gejubelt hat. Diesem Aufbau gelang es, die Kriegsgewinnler zu bestrafen, die Lehrer und Richter auszutauschen, für die Arbeiter und Werktätigen und nicht für die Milliardäre zu produzieren und den Völkern der Welt ein Stück der Last, die der deutsche Imperialismus ihnen aufbürdete, abzunehmen.

Beide Seiten vermochten es vorerst nicht, den Kriegskurs des westdeutschen Kapitals zu beenden. Das westdeutsche Kapital, das den Maximalprofit mit der Barbarei aufrecht zu halten gewohnt war, riß sich als erstes

Opfer die DDR, die zu verteidigen sich keiner mehr – auch die FDJ nicht – im Stande sah, unter den Nagel. Viele weitere folgten und folgten. Und die Aufgabe steht größer denn je: 30 Jahre sind genug! Revolution & Sozialismus!

Dafür: Stärkt die Reihen der FDJ, denn sie ist die Organisation, die sie sich mit ihrer Anexion heim ins Reich geholt haben. Erneut der Dorn im Auge der Herrschenden und damit voll im Recht: Vorwärts gegen Krieg und Reaktion für Revolution und Sozialismus!

LISA LORENZ

Was heißt denn: Stärkt die Reihen der FDJ?

Die FDJ ist zwar 85 Jahre, doch ihre Mitglieder sind es nicht. Für das Morgen brauchen wir die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte. Wir rufen alle ehemaligen FDJler auf, sich bei uns zu melden über die Kämpfe, die zu ihrer Zeit in der FDJ geführt wurden. Besonders interessiert sind wir an Teilnehmern der III. Weltfestspiele vor 70 Jahren in Berlin.

Wer uns in dieser Weise unterstützen möchte, melde sich bei uns unter Kontakt@FDJ.de oder beim Fördererkreis der FDJ unter Foeredererkreis@FDJ.de, informiere sich auf www.FDJ.de oder spende für die anstehenden Prozesse aufgrund des Polizeiangriffs auf die FDJ in der LL-Demonstration auf das Prozeßkostenkonto (Kontoinhaber: L. Lorenz, IBAN: DE34 3101 0833 9910 3988 41).

GWÖ-Treffen regelmäßig

Eberswalde (bbp). Die Regionalgruppe Eberswalde-Barnim Gemeinwohlökonomie (GWÖ) trifft sich künftig alle zwei Wochen, immer mittwochs um 18 Uhr. Solange die Corona-Beschränkungen reale Treffen erschweren, sollen wie bisher Videokonferenzen durchgeführt werden (<https://public.senfcall.de/gwoeberswaldebarnim>).

Das nächste GWÖ-Treffen ist für den 3. März geplant.

Ab August gilt die Fingerabdruckpflicht

Nur noch fünf Monate ist Zeit, um einen Personalausweis ohne Fingerabdrücke zu beantragen. Ab dem 2. August 2021 müssen alle, die einen neuen Personalausweis benötigen oder möchten, ihren linken und rechten Zeigefinger einscannen und auf dem Ausweisdokument speichern lassen. Der Bundestag hat das im November 2020 beschlossen, als alle über den Corona-Lockdown redeten. Neben der Erfassung der Fingerabdrücke aller Bürger sollen

nun auch die biometrischen Paßbilder strenger auf digitale Bearbeitung überprüft werden.

Wir finden: Diese Fingerabdruckpflicht stellt einen inakzeptablen Generalverdacht gegen alle Bürgerinnen und Bürger dar. Deshalb werden wir weiter versuchen, das Gesetz zu kippen. Bis dahin empfehlen wir: Schnell noch einen Termin im Bürgeramt ausmachen und einen »Perso ohne Finger« beantragen.

RENA TANGENS, *Digitalcourage*

RBB wird abgeschaltet? Medienlandschaft heute

Scharfe Kritik übt ver.di Berlin-Brandenburg an der Neufassung des rbb-Staatsvertrags. In einem Schreiben an die Staatskanzleien kritisiert ver.di Landesleiter Frank Wolf die »intransparenten und gravierenden Änderungen am Entwurf«. Die beteiligten gesellschaftlichen Gruppen im Rundfunkrat würden weder informiert noch beteiligt. Frank Wolf: »Das akzeptieren wir nicht, weil es undemokratisch ist.«

Die Verärgerung rührt besonders daher, daß gesellschaftliche Akteure wie ver.di um Stellungnahmen gebeten wurden, aber über Änderungen, die tief in Qualität und Empfangbarkeit der Angebote eingreifen, weder informiert noch beteiligt werden. ver.di hatte im Januar zu verschiedenen Punkten Vorschläge abgegeben und auch Bedenken über die Pläne geäußert.

Besonderen Anstoß nimmt ver.di an der jetzigen Fassung des § 4 zum linearen Angebot des rbb. Danach soll es zwingend nur noch zwei lineare Sender geben, jeweils einen in Berlin und Brandenburg. Die fünf weiteren Hörfunkprogramme für »Kultur«, »Nachrichten und Information«, »Inhalte für ein jüngeres Publikum«, »populäre Musik, Information und Unterhaltung« und »kulturelle Vielfalt« können nach der Neufassung »nur noch ausschließlich über das Internet verbreitet oder durch vergleichbare Angebote im Internet ersetzt werden«. Betroffen sind also

gleich fünf (!) Sender: rbb Kultur, Inforadio, radio eins, It's Fritz und Cosmo.

ver.di-Landesleiter Frank Wolf: »Angesichts der lückenhaften digitalen Versorgung insbesondere in Brandenburg, aber auch in Berlin würde der rbb seinen öffentlich-rechtlichen Auftrag für seine Hörerinnen und Hörer nicht mehr erfüllen. Wir fordern daher, daß ausnahmslos alle rbb-Hörfunkprogramme weiter linear erreichbar sind und nicht dem Sparwillen der Intendantin Rechnung getragen wird.« Zudem befürchten ver.di und die dort organisierten Journalistinnen und Journalisten auch personelle Konsequenzen und damit Auswirkungen auf die journalistische Qualität der Programme. »Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als vierte Gewalt und moralische Instanz in Berlin-Brandenburg läuft Gefahr, sich unglaubwürdig zu machen, sollte er seine inhaltliche Qualität weiter herunterschrauben wollen.«

ver.di Berlin-Brandenburg

*Ach, was war das früher schön.
Ossis informierten sich im Westfernseh'n
Wer keins bekam, ich kann's beschwören,
Erfreute sich am Rias hören.*

*Heutiges Nachrichteneinerlei,
Stets der gleiche Einheitsbrei!
Meinungsvielfalt – Fehlzanzeige!
Regierung spielt die erste Geige.*

*Die Wahrheit bestimmt – na klar,
Frau Merkel und ihre Dienerschar.
Ein Schelm, wer da an früher denkt
Wo Meinung stets vom Staat gelenkt.*

*Ach, was war das früher schön,
Man hatte ja noch Westfernseh'n
In heut'ger Zeit – nehmt mir's nicht krumm,
Sieht man im Internet sich um!
Oder – kleiner Trost:
Im Barnim erscheint die Bürgerpost.*

RAINER KROBOTH

Online-Sitzungen regeln

Mit Verweis auf Corona fallen Sitzungen der Eberswalder Stadtverordnetenorgane aus oder einzelne Stadtverordnete ziehen es wegen des Ansteckungsrisikos vor, den Sitzungen fern zu bleiben. Mit der Brandenburgischen Kommunalen Notlagenverordnung (BbgKom-NotV) gibt es die gesetzliche Grundlage, trotzdem die Arbeitsfähigkeit der kommunalen Organe sicherzustellen.

Die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR hat dies aufgegriffen und vorgeschlagen, künftige Sitzungen der StVV und der Ausschüsse planmäßig als Präsenzsitzungen durchzuführen und einzelnen Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmern eine Video- oder Audiozuschaltung zu ermöglichen (sogenannte Hybridsitzungen). Dabei soll eine Audiozuschaltung nur erfolgen, wenn die Teilnahme per Video technisch nicht umsetzbar ist.

Die per Video oder Audio Zuschalteten sollen als anwesend im Sinne der Geschäftsordnung gelten. Sollten Präsenzsitzungen mit der Zuschaltung einzelner Teilnehmer technisch nicht möglich sein, so wird die Sitzung als Videositzung durchgeführt. Die Stadtverwaltung soll dafür sorgen, daß die Öffentlichkeit die Sitzung in geeigneter Weise verfolgen kann und sich interessierte Bürger im Rahmen der Tagesordnung zu Wort melden können.

Die Fraktionen der FDP, B90/Grüne und CDU unterstützen unseren Vorschlag, so daß im Februar darüber beraten werden konnte. Zur Beschlußfassung kam es leider noch nicht. Die Fraktionen SPD/BFE und Die Linke setzten sich dafür ein, zunächst die Ausschusssitzungen im März zu nutzen, um unser Ansinnen umfassend zu diskutieren.

Wir hoffen nun für die März-StVV auf eine breite Zustimmung unter den Stadtverordneten für unseren Vorschlag.

OSKAR DIETTERLE
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Tageszeitung der LINKEN »Neues Deutschland«:

Aus zum Jahresende?

Gewerkschaft ver.di fordert: Keine Billig-Lösung!

Die Geschäftsführung der NEUES DEUTSCHLAND DRUCKEREI UND VERLAGS GMBH hat am 22. Februar den Betriebsrat, Redaktionsrat, die Chefredaktion und die Verlagsleitung darüber informiert, daß die Gesellschafter der Tageszeitung planen, die GmbH zum Jahresende aufzulösen. Die Belegschaft soll eine Genossenschaft gründen, die das ND weiterführt. Zudem beabsichtigen die Gesellschafter, die Partei Die Linke und Matthias Schindler (der seit 2018 zugleich Geschäftsführer des ND-Verlages ist), einzelne Bereiche des Verlages umzustrukturieren. Ver.di geht von einem Betriebsübergang nach § 613a BGB inklusive Kündigungsschutz für die Beschäftigten aus. Der jetzige Geschäftsführer verläßt das Unternehmen zum Ende des Jahres.

Die Belegschaft wehrt sich entschieden gegen Versuche der Gesellschafter, sich derart kurzfristig aus der Verantwortung zu stehlen. Auch wenn es in der Belegschaft schon früher den Wunsch gab, die Strukturen des ND zu verändern und eine Genossenschaft teils als Chance angesehen wird, die redaktionelle Unabhängigkeit der Zeitung zu stärken: Die Genossenschaft darf nicht die »Billig-Lösung« sein. Die neu zu gründende Unternehmensstruktur muß sich selbst tragen können, und der Weg dahin muß solidarisch, sozial und kooperativ ablaufen.

Für ein zukunftsfähiges Konzept braucht es Zeit und Geld. Mit der Drohung, 100 Beschäftigte



PHOTO: NIKOLAI WINKLER

tigte mitten in der Pandemie Ende des Jahres auf die Straße zu setzen, wird DIE LINKE als Gesellschafterin des ND ihrer sozialen Verantwortung nicht gerecht. Denn gerade in diesen Zeiten ist linker Journalismus wichtiger denn je.

Eine Tageszeitung als Genossenschaft ist ein erfolgreiches Modell, wie bei der Jungen Welt und der taz. Das kann klappen, wenn die Finanzen stimmen! Mit großer Sorge betrachten wir aber das Mißtrauen, die bis dato fehlende Kommunikation auf Seiten der Partei Die Linke gegenüber den Arbeitnehmervertretungen. Das kann so nicht weitergehen. Das steht der Linken nicht gut zu Gesicht!

Ver.di fordert, daß die zukünftige Genossenschaft weiter ein tarifgebundenes Unternehmen bleibt. Ver.di und die Arbeitnehmervertretungen lehnen betriebsbedingte Kündigungen sowie eine weitere Zerschlagung des Unternehmens ab.

JÖRG REICHEL, Landesgeschäftsführer der
Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-
Union in ver.di Berlin-Brandenburg

Armin Bliss war eigentlich ganz normal, aber die Begegnungen mit den Eberswaldern waren vielfältig. Groß, mit blauen Augen und langen blonden Haaren, die nach hinten zurückgekämmt waren und die immer fest am Kopf anlagen, bot er eine stattliche Erscheinung. Den ersten öffentlichen Kontakt werden Schüler der 1. und 2. Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule (POS) im Rahmen der UTP¹ Ausbildung im RAW² »8. Mai« gehabt haben. In der 7. und 8. Klasse wurden im Rahmen dieser Ausbildung den Schülern die Grundlagen der Metallbearbeitung beigebracht.

Die Ausbilder waren alt gediente Schlosser, die schon zu Zeiten des Kaisers die Metallbearbeitung bei der Bahn erlernt hatten. Sie waren sehr auf Disziplin fokussiert und achteten besonders darauf, daß beim Grüßen die Mütze kurz abgenommen wurde. Armin Bliss ersetzte einen dieser Ausbilder und kam bei den Schülern sehr gut an. Er sprach ihre Sprache, verstand sie besser und konnte auch gut erklären. Einen Autoritätsverlust gab es nicht. Kurz gesagt, er war für diese Tätigkeit geeignet und wurde von den Schülern geachtet. Später reduzierten sich seine Aufgaben, weil nur noch die 1. POS die UTP-Ausbildung im RAW ausüben ließ.

Armin Bliss wechselte dann zum VEB³ Kraftverkehrskombinat Eberswalde, und war dort als LKW-Fahrer mit Transporten im grenzüberschreitenden Verkehr beschäftigt. Zugleich war er bei Schulungen von Reserveoffizieren an den Wochenenden dabei. Diese liefen wie folgt ab: Der Reserveoffizier erhielt einen Einberufungsbefehl, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß er sich am Sonnabend um 7 Uhr am Wehrkreiskommando einzufinden hat. Von dort ging es mit einem Reisebus in eine Dienststelle der NVA. Um 9 Uhr begann dann die Schulung und sie dauerte in der Regel bis circa

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 7): ARMIN BLISS

Ein vorbildlicher Obusfahrer

»Im Leben begegnet sich immer zweimal« lautet eine alte Weisheit. Es trifft auch für ARMIN BLISS zu. Obwohl er sehr vielen Eberswalder bekannt war, nahm man ihn in der Öffentlichkeit nicht herausragend wahr. Viele kannten einfach seinen Namen nicht. Zu seiner Zeit gab es noch keine VR-Brillen, bei denen der Name der angeblickten Person innen auf dem Brillenglas zu lesen war. Außerdem hatte Armin Bliss keine besonderen äußeren Merkmale oder fiel durch nicht normgerechte Verhaltensweisen auf.

14 Uhr. Anschließend wurde den Teilnehmern ein rustikales Mittagessen serviert, mit dem Hochprozentigem aus Freundesland ergänzt. Das rundete die Veranstaltung ab, bevor es wieder mit dem Reisebus in Richtung Eberswalde ging. Wohl gemerkt es war ein militärischer Umtrunk – kein Besäufnis. Auffallend war jedoch, niemand hat Armin Bliss bei einem solchen Umtrunk gesehen. Vielleicht war er außer Nichtraucher auch Antialkoholiker?

Bedingt durch historische Ereignisse konnten später die Eberswalder Armin Bliss als Obusfahrer erleben. Zur Erklärung muß man etwas weiter ausholen. Wenn aus den Kreisstädten des ehemaligen Bezirkes Frankfurt (Oder) Delegationen nach Frankfurt (Oder) transportiert werden mußten, so übernahm der jeweilige lokale Kraftverkehrsbetrieb den Personenbeförderungsauftrag. In Frankfurt (Oder) erkannte man den Eberswalder KOM⁴ immer auf den ersten Blick – er war der schäbigste und verrostete. Leider galt eine ähnliche Einschätzung auch für das Fahrpersonal. Während beispielsweise die Busfahrer in Schwedt sehr kundenfreundlich, hilfsbereit und freundlich waren, so war davon keine Spur bei den Fahrern aus Eberswalde vorhanden. Kein Wunder auch, bei den Busfahrern gab es einige, die zuvor Kies gefahren haben und die Fahrgäste dementsprechend behandelten. Wohl gemerkt, nicht alle Obusfahrer zählten zu diesen Typen, aber es gab sie.

In dieses Kollektiv kam nun Armin Bliss, und er meisterte diese Aufgabe. Von ihm wurden die Fahrgäste als solche behandelt. Er war ruhig und freundlich, so ein richtiger sachlicher Typ. Er steuerte gekonnt Risiken vermeidend und fahrzeugschonend den ihm übertragenen Obus unfallfrei durch den immer stärker werdenden Eberswalder Verkehr. Er provozierte keine Konfliktsituationen, wenn z.B. ein Kunde nicht den vollen Fahrpreis entrichten wollte. Er erkannte auch Schwarzfahrer und verwies sie gegebenenfalls aus dem Obus. Er hatte einen schwierigen Job, auch weil nach dem Anschluß an die BRD die Aggressionen unter den Fahrgästen stiegen.

Armin Bliss war eigentlich unauffällig. Trotzdem mußten ihn noch viele Eberswalder als den Fahrer eines Ikarus-Obusses kennen. Die Obusfahrer trugen damals keine Namensschilder, so daß vielen Eberswaldern die Zuordnung von Namen und Person fehlte.

Die letzte Information, die die Bevölkerung von Armin Bliss erhielt, war eine Todesanzeige in der Lokalzeitung.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

- 1 – UTP = Unterrichtstag in der Produktion
- 2 – RAW = Reichsbahnausbesserungswerk (später Bahnwerk)
- 3 – VEB = Volkseigener Betrieb
- 4 – KOM = Kraftomnibus, ein mit Motor angetriebenes Fahrzeug mit mehr als 8 Sitzplätzen neben dem Fahrersitz, kurz: Bus

»In keinster Weise: Noch keinerer als in keiner Weise.«

AMBROSE BIERCE, übersetzt von Markus Bomert (in Peter Köhler: »Körperteil, der in fremden Angelegenheiten steckt«, Junge Welt, 16.02.2021)

Plakatflut stoppen, Ortsbild und Umwelt schonen!

Fraktion GiP+FDP beantragt Begrenzung von Wahlwerbung in Panketal

Wahlplakate sollen die Wähler zur Teilnahme an Wahlen motivieren und Positionen oder Personen bekannter machen. Die schiere Masse der Plakate, die sich regelmäßig zu Wahlen über unseren Ort ergießt, stößt allerdings bei vielen Panketalerinnen und Panketalern zunehmend auf Unverständnis oder gar Ablehnung. Wenn ganze Straßenzüge von einer Partei zugespült werden, wenn an jedem zweiten Laternenmast drei- oder vierfach ein identisches Plakat hängt, dann wird das Ortsbild zerstört und außerdem unnötig die Umwelt belastet.

Gemeinsam mit anderen Fraktionen und Gemeindevertretern hat die Fraktion GiP+FDP deshalb einen Antrag zur Eindäm-

mung von Wahlwerbung in Panketal erarbeitet und stellt diesen im März zur Diskussion und Abstimmung. Vorgesehen ist je Partei oder Wählerversammlung eine Begrenzung auf maximal 100 Standorte für Plakate in maximaler Größe A1. Außerdem sollen an ausgewiesenen Flächen jeweils maximal zwei Großflächenplakate aufgestellt werden können.

Die Mitglieder der Fraktion GiP+FDP sind davon überzeugt, daß diese Reduzierung der Mengen einerseits dem Ortsbild guttut und zur Vermeidung von Müll beiträgt. Andererseits werden die Botschaften und Kandidatinnen und Kandidaten künftig vermutlich sogar besser wahrgenommen, weil sie in der Masse der Plakate weniger untergehen.

Deshalb laden wir alle Gemeindevertreter ein, gemeinsam mit den Einreichenden am 23. März in der Gemeindevertretung der sinnvollen Begrenzung von Wahlwerbung in Panketal zuzustimmen. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie im Interesse unserer Umwelt.

Außerdem fragen wir die Panketaler Bevölkerung, wie sie zu Wahlwerbung generell steht, welche Wahlwerbung sie als sinnvoll erachtet und welche Formen der Ansprache sie von Parteien oder Wählerversammlungen erwartet. Konstruktive und kritische Hinweise dazu nehmen wir per Mail, auf Facebook und (soweit pandemiebedingt möglich) persönlich gerne entgegen.

THORSTEN WIRTH



Spurensuche am Finowkanal

Mit Abbildungen aus der Ausstellung des 17. Brandenburgischen Kunstpreises

Wie erzählt man von der Geschichte eines Wasserlaufs? Jener der ältesten, noch betriebenen künstlichen Wasserstraße Deutschlands, um genau zu sein. Ihrer Zeit oder ihrem Raum folgend? Der Lesegewohnheit nach von links, also mit ihrem Wasserstrom von Westen, oder mit dem gewesenen Rohstoffstrom von Osten?

Die Übergabe des ersten Finowkanals an die Schifffahrt jährte sich 2020 zum 400. Mal und das ist in jedem Fall ein Anlaß, sich ihm wieder zu nähern, wie ihn nicht jede Generation in ihrer Zeit zum Geschenk erhält. Das neue Buch von HANS JÖRG RAFALSKI knüpft an seinen erfolgreichen Erstling »Erosion. Spuren der Industriekultur im Finowtal« von 2016 an. Gedacht als Momentaufnahme des Vergehens und als Erinnerungsstück an das Jubiläum haben die Umstände der Zeit das Buch nun aber vielmehr zu einem Erinnerungsstück an einen historischen Augenblick und eine historische Chance werden lassen, die lautlos an uns vorüberzog.

Wie symptomatisch für die jederzeit unbestimmte Haltung der Finowtaler zu ihrem Kanal verfiel nun auch das Geschenk dieser großen Chance für den Beginn von etwas Neuem. Was die Ereignisse des Jahres 2020 aber

sichtbar gemacht haben, ist die große Lust der Menschen, ihre Region haptisch in Besitz zu nehmen, also mit dem Rad oder zu Fuß. Der Finowkanal bildet das Urmotiv aller Entwicklung in seinem Tal, und dessen Bewohner haben in diesem Jahr gezeigt, wie groß noch immer sein Potential ist, unserer Region Impulse für eine Perspektive zu bieten, wenn man ihn als Immobilie denkt und wirtschaftlich entwickelt. Was wir in diesem Jahr erlebten, hat ja auch und vielleicht sogar zuerst mit dem Erreichen von Grenzen quantitativer Entwicklung, jenes so hoch gepriesenen Wirtschaftswachstums, wie mit dem Versagen gesellschaftlicher Systeme zu tun, die den Menschen in Entwicklungen einbinden, ihn mitnehmen, aber auch vor unbequemen Konsequenzen schützen sollen. Wir schreiten alle zusammen in etwas kaum denkbar großes Offenes, das uns in seiner Unabsehbarkeit nun regelmäßig das Fürchten lehrt.

Dem Erreichen unserer Grenzen dieses Jahres, dem sich dahinschleppenden Scheitern dieser Gesellschaft, steht hier lokal jedoch eine Alternative entgegen, eine Chance, aus einem ungenutzt daliegenden Kanal Chancen zu formulieren, Neues zu denken und zu entwickeln. Qualitatives Wachstum könnte jetzt das quan-

titative ablösen, indem man hochwertige, auf den Menschen und nicht auf das Fahrzeug oder auf flüchtige finanzielle Gewinne orientierte Lebensräume entwickelt, indem man die Ausbildung touristischer und Naherholungsstrukturen befördert, neue Wohn- und Lebensformen ermöglicht, indem man regenerative Energien erntet, indem politische und ökonomische Entscheidungen den Menschen zurück in den Mittelpunkt rücken, man das Gegeneinander eines falsch verstandenen Demokratiebegriffs auf den Ebenen der politischen Wahrheitssuche aufhebt. Wir könnten, will ich sagen und würde es eigentlich gerne herausbrüllen. WIR KÖNNEN ES. Nur nicht auf dem eingeschlagenen Weg zurück in die soeben gescheiterte Vergangenheit, indem man den Mehrwertsteuersatz reduziert, um alle Menschen so schnell wie möglich wieder an ihren angestammten Platz der gewohnten Konsumkreisläufe festzunageln. Neues entsteht erst aus neuem Denken, neuem Miteinander. Die Fortsetzung der Betrachtung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Finowtals von Hans Jörg Rafalski ist vor allem dazu gedacht, die Bedeutung des Finowkanals für seine Region zu würdigen.

Einige Fotos der Bildserie des Buches standen im Endausscheid um den 17. Brandenburgischen Kunstpreis 2020 und waren in der Ausstellung im Schloß Neuhardenberg zu sehen. Die Auflage ist auf 222 Exemplare limitiert und jedes Exemplar wird laufend nummeriert.

www.papierwerken.com

Erosion. Spurensuche am Finowkanal von Hans Jörg Rafalski
Erzählbildband, häftig mit Text- und Bildseiten | Fadengeheftet und broschiert mit 48 Seiten im Format 31,7 x 23,7 cm | Einzelpreis: 29 Euro

Weitere Bücher von Hans Jörg Rafalski:

- Erosion. Spuren der Industriekultur im Finowtal
- Irland. Das wunderbare Land der 41000 Himmel und O'Sullivans

Anzeige

*Unfassbar, dass Du nicht mehr bist,
doch wunderbar zu wissen, dass Du warst.*



Vera Penz

* 01.03.1937 † 07.01.2021

In Liebe und Dankbarkeit
**Ronald
Gabriele und Herbert
Regina
Guido
und Enkelkinder**

Die Beisetzung findet in aller Stille statt.

Januar 2021

»50 Jahre Berufsverbote«

Die Praxis der Berufsverbote (ab 1972) und der Kampf gegen diesen Machtmißbrauch war für den engagierten Teil meiner Generation eine wichtige Erfahrung. Der Bundesarbeitsausschuß der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung demokratischer Rechte hat in einem Aufruf daran erinnert: *In den folgenden Jahren wurden ca. 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber für Berufe im öffentlichen Dienst überprüft. Der Verfassungsschutz erhielt den Auftrag zu entscheiden, wer als »Radikaler«, als »Extremist« oder als »Verfassungsfeind« zu gelten hatte. Personen, die »nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten«, wurden aus dem öffentlichen Dienst entfernt oder gar nicht erst eingestellt. Die Überprüfungen führten bundesweit zu etwa 11.000 Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.256 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. Betroffen waren Kommunisten, andere Linke bis hin zu SPD-nahen Studierendenverbänden, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN-BdA und Gewerkschafter.*

Auch die Forderungen der Rehabilitation und Entschädigung der Betroffenen sowie der wissenschaftlichen Aufarbeitung halte ich für gerechtfertigt.

HARTMUT LINDNER

KreisPARTEItag der PARTEI

Wandlitz (bbp). Die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI) führte am 27. Februar in der Wandlitzer Sporthalle ihre Wahlversammlungen zur Aufstellung der Direktkandidaten für die Bundestagswahlkreise 57 (Barnim I – Uckermark) und 59 (Barnim II – Märkisch-Oderland) durch. Obwohl die PARTEIorganisationen der Partei Die PARTEI sich in den drei Landkreisen noch im Aufbau befinden, mangelte es nicht an Bewerbern für die Bundestagsdirektkandidaturen.

In beiden Wahlkreisen konnten sich schließlich Barnimer Kandidaten durchsetzen. Der Wandlitzer NIELS NEUDECK gewann im Wahlkreis 57 bei zwei Enthaltungen mit zwei Stimmen Vorsprung gegen ANDREAS WOLK aus Templin. Der Templiner bewarb sich dann auch um die Kandidatur im Wahlkreis 59, konnte dort aber ebenfalls keine Mehrheit erringen. MARIO SCHLAUB aus Wandlitz spielte seinen Heimvorteil aus und gewann fast alle Stimmen, so daß auch der Petershagener WINFRIED SEVERIN als dritter Bewerber letztlich chancenlos blieb.

Im Anschluß an die Aufstellung ihrer Bundestagskandidaten trat der KreisPARTEItag Barnim der Partei Die PARTEI

zusammen, um turnusgemäß den Kreisvorstand neu zu wählen. Neuer Vorsitzender wurde GUIDO GODWOZOK. Der bisherige Vorsitzende Mario Schlaub war nicht wieder angetreten. Zum Stellvertretenden Vorsitzenden wählten die PARTEImitglieder MIRKO WOLFGRAMM. Als Schatzmeisterin ist ANIKA HUFENBACH die Dritte im neuen Kreisvorstand.

Wegen der Coronabeschränkungen fehlen in den Orten oftmals die räumlichen Voraussetzungen für die Durchführung ordentlicher PARTEIversammlungen. Daher nutzten die anwesenden PARTEImitglieder die Gelegenheit zugleich zur Festigung und zum Ausbau der örtlichen PARTEIorganisationen. Die Wandlitzer Sporthalle wurde so zum Gründungsort des neuen Ortsverbandes Schwedt. Auch die Gründung des Ortsverbandes Pankeetal erhielt nun den letzten Schliff. Zugleich wurde der Kreisverband Uckermark reorganisiert, während sich der Ortsverband Eberswalde einen neuen Vorstand wählte.

Den Vorsitz in Eberswalde übernahm für die kommenden zwei Jahre PEGGY SIEGEMUND. MIRKO WOLFGRAMM steht ihr als Stellvertreter zur Seite, während RENÉ MUCHOW im neuen Vorstand die Finanzen verwaltet.

Frauenquote für den Fachkräftemangel!
Die PARTEI

Migrationsbeirat: Soziale Ungleichheit

Der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim weist auf sich vertiefende Ungleichheiten im Zuge der Corona-Krise hin.

Die Schließung der Schulen ist für alle Eltern und Schüler eine große Herausforderung. Besonders stark betroffen sind Familien, die nicht über ausreichend Mittel verfügen, um ihren Kindern eine adäquate Lernumgebung einzurichten. Umso schwieriger wird es, wenn dann noch Sprach-Barrieren vorhanden sind. So ist festzustellen, daß insbesondere Kinder in Familien mit Migrationshintergrund Schwierigkeiten haben, gleichberechtigt an den sich verändernden Lernformen teilzuhaben.

Daher ruft der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim dazu auf, aufmerksam zu sein und im besten Fall Hilfe anzubieten. Dies kann beispielsweise durch das Spenden von Endgeräten oder die Bereitstellung eines WLAN-Netzes erfolgen. Gerade in der Zeit, in der die Schulen geschlossen sind, braucht es hier pragmatische Nachbarhilfe. Idealerweise erfolgt eine zeitnahe Versorgung aller Schüler mit Endgeräten, die eine reibungslose Onlinebeschulung ermöglichen. Insbesondere ist es in diesen Wochen nötig, Migranten die bestehenden Hilfsmöglichkeiten näher zu bringen, um so eine gesellschaftliche Spaltung zu vermeiden. Der Beirat wird durch regelmäßige Beratungsangebote mitwirken.

Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2021 wünschen wir unseren Leserinnen alles Gute. Der Kampf um Gleichberechtigung ist weiter nötig.
Verein und Redaktion der Barnimer Bürgerpost

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 24. Februar 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 24. März 2021.